

Militär-geschichte

Zeitschrift für historische Bildung



Militär-geschichte im Bild: Berlin, 22. März 1848: Bestattung der Märzgefallenen in Friedrichshain.

Homosexuelle Soldaten

Friedhof der Märzgefallenen

Unternehmen »Michael«

Tysklandsbrigaden



ZMS BW
Zentrum für Militär-geschichte
und Sozialwissenschaften der
Bundeswehr

Militärgeschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Herausgegeben

vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr durch Kapitän zur See Dr. Jörg Hillmann und Oberst Dr. Frank Hagemann (V.i.S.d.P.)

Produktionsredakteur der akt. Ausgabe:

Oberstleutnant Dr. Harald Potempa

Redaktion:

Cornelia Grosse M.A. (cg)
Hauptmann Sascha Gunold M.A. (sg)
Oberleutnant Helene Heldt M.A. (hh)
Major Chris Helmecke M.A. (ch)
Friederike Höhn M.A. (fh)
Oberstleutnant Dr. Harald Potempa (hp)
Oberstleutnant Dr. Klaus Storkmann (ks)

Bildredaktion: Esther Geiger

Lektorat: Dr. Aleksandar-S. Vuletić

Layout/Grafik: Carola Klinke nach einem Entwurf von Maurice Woynoski

Anschrift der Redaktion:

Redaktion »Militärgeschichte«
Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam
E-Mail: ZMSBwRedaktionMilGeschichte@bundeswehr.org
Homepage: www.zmsbw.de

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an obige Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Durch Annahme eines Manuskriptes erwirkt der Herausgeber auch das Recht zur Veröffentlichung, Übersetzung usw. Die Honorarabrechnung erfolgt jeweils nach Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich Änderungen von Beiträgen vor. Die Wiedergabe in Druckwerken oder Neuen Medien, auch auszugsweise, anderweitige Vervielfältigung sowie Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung erlaubt. Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von in dieser Zeitschrift genannten Webseiten und deren Unterseiten.

Für das **Jahresabonnement** gilt aktuell ein Preis von 14,00 Euro inklusive Versandkosten (innerhalb Deutschlands). Die Hefte erscheinen in der Regel jeweils zum Ende eines Quartals. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes. Ihre Bestellung richten Sie bitte an:

SKN Druck und Verlag GmbH & Co.,
Stellmacherstraße 14, 26506 Norden,
E-Mail: info@skn.info

© 2018 für alle Beiträge beim Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw)

Druck:

SKN Druck und Verlag GmbH & Co., Norden

ISSN 0940-4163

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



der Erzengel Michael wird im Christentum, Judentum und Islam verehrt. Er ist der Anführer der himmlischen Heerscharen, tritt in Bibel und Überlieferung mehrfach als Beschützer auf. Er bekämpft, besiegt das Böse und gilt seit der Schlacht auf dem Lechfeld 955 als der Schutzpatron Deutschlands sowie der Soldaten.

Er wird in Kirchen oder an deren Außenmauern zumeist mit einer Waage als Seelenwäger oder mit dem Schwert bzw. der Lanze dargestellt. Er findet sich aber auch auf dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig als Symbolfigur der »deutschen kriegerischen Männlichkeit«. Die Oberste Heeresleitung (OHL) jedenfalls gab ihrer Frühjahrsoffensive 1918 nicht von ungefähr den Namen »Michael«. Da nach dem Anfang März des Jahres mit der jungen Sowjetunion vereinbarten Friedensabkommen von Brest-Litowsk an der Ostfront Ruhe herrschte, wurden die dort stationierten deutschen Truppen größtenteils an die Westfront verlegt. Hier wollte die OHL eine Offensive führen, um das Blatt gegen die Westmächte zu wenden. So sollte das Deutsche Reich, nun aus der Position der erhofften Stärke heraus, einen günstigen (Sieg-)Frieden erreichen. Von der Vorbereitung und dem Scheitern der Michaels-Offensive berichtet Christian Th. Müller.

Der deutsche Michael hätte zum preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat im 19. Jahrhundert durchaus eine demokratische Alternative in den Farben der Freiheit, Schwarz-Rot-Gold, gehabt: in der Revolution von 1848. Hierbei hatte es zu Beginn blutige Zusammenstöße zwischen dem Militär und bewaffneten Bürgern, Revolutionären und Demokraten gegeben. Die am 18. März 1848 in Berlin gefallenen Aufständischen (die Soldaten zur Niederschlagung ja nicht) wurden auf einem besonderen Friedhof beigesetzt: dem der Märzgefallenen. Von seiner wechselhaften Geschichte nach 1848 und besonders nach 1918 erzählt Christine Strotmann.

Der aufrechte Löwe mit der Axt in der Hand ist das Wappen Norwegens. Die eher unbekannte Präsenz dieses Tieres in Gestalt norwegischer Soldaten im Lande Michaels im Zeitraum 1947–1953 beschreibt Dieter H. Kollmer. Norwegische Truppen wurden in Norddeutschland stationiert, um die britische Besatzungsmacht zu entlasten.

Doch nicht nur der Erzengel Michael hat die Beigaben Waage und Schwert. Justitia, die Göttin der Gerechtigkeit, verfügt darüber ebenfalls. Klaus Storkmann berichtet von den langen Kämpfen homosexueller Soldaten in der Bundeswehr für ihre rechtliche Gleichstellung. Erst vor 24 Jahren, im Juni 1994, wurde der § 175 aus dem deutschen Strafgesetzbuch ersatzlos gestrichen. § 175 stellte Homosexualität zunächst ganz, später den Sex zwischen erwachsenen Männern und gleichgeschlechtlichen Minderjährigen unter Strafe.

Zuletzt ein Wort in eigener Sache. Das Redaktionsteam der **Militärgeschichte** wurde um zwei neue Mitglieder bereichert, aber auch ein Mitglied zu anderweitigen Aufgaben entführt. Wir heißen Cornelia Grosse und Hauptmann Sascha Gunold herzlich willkommen und freuen uns sehr über zusätzliches Engagement und Unterstützung. Zugleich bedanken wir uns herzlich bei Oberstleutnant Dr. Jochen Maurer für sein jahrelanges Engagement in der Redaktion.

Wir wünschen Ihnen eine gewinnbringende Lektüre des vorliegenden Heftes.

Oberstleutnant Dr. Harald Fritz Potempa
Oberleutnant Helene Heldt M.A.

»79 cm sind schwul« Homosexuelle Soldaten in der Bundeswehrgeschichte

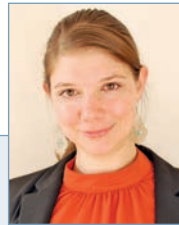
Oberstleutnant Dr. **Klaus Storkmann**,
geb. 1976 in Magdeburg, Wissenschaftlicher
Mitarbeiter am ZMSBw



4

Vergessene Revolutionäre Der Friedhof der Märzgefallenen

Christine Strotmann M.A., geb. 1987 in Oelde,
Pädagogische Mitarbeiterin auf dem
Friedhof der Märzgefallenen sowie
Cand. Phil. Humboldt-Universität zu Berlin



10

Unternehmen »Michael« Der Auftakt zur deutschen Frühjahrsoffensive 1918

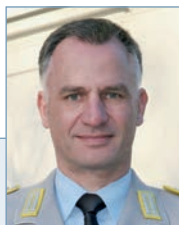
PD Dr. **Christian Th. Müller**, geb. 1970
in Berlin, lehrt Neuere Geschichte
an der Universität Potsdam



14

Aus Besatzern wurden Verbündete Die norwegische »Tysklandsbrigaden« (1947–1953)

Oberstleutnant **Dieter H. Kollmer**,
geb. 1964 in Hamburg, Forschungsprojektleiter
Geschichte der Bundeswehr am ZMSBw



18

Service

Das historische Stichwort:

»Kammhuber-Linie« Der Weg zur Nachtjagd	22
Neue Medien	24
Lesetipps	26
Die historische Quelle	28
Geschichte kompakt	29
Ausstellungen	30

Militärgeschichte im Bild

Die Toten von 1848 –
Gestorben für die Revolution 31



Berlin, 22. März 1848: Bestattung der Märzgefallenen in Friedrichshain. »Bestattung der für die Freiheit gefallenen Kämpfer«. (Der Trauerzug passiert das Berliner Stadtschloss). Zeitgenössische Lithographie, koloriert, Neuruppiner Bilderbogen. Aus der Folge: »Das merkwürdige Jahr 1848«, Neuruppin, Heimatmuseum. *akg-images*

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Victor Marnetté, M.A., Student Universität
Potsdam;
Oberfeldwebel Lars Zimmermann, Heimat-
und Luftfahrtshistoriker, Osteel



»79 cm sind schwul« Homosexuelle Soldaten in der Bundeswehrgeschichte

Dienst am Samstagvormittag war in den ersten Jahrzehnten der Bundeswehr noch gängige Praxis, so auch am 8. Dezember 1962. Nach Dienstschluss feierten die Kameraden schon mittags mit reichlich Alkohol in der Kantine das anbrechende Wochenende. Im trunkenen Zustand trafen sich ein Unteroffizier und ein Gefreiter auf dem WC. In der Toilettenzelle kam es zum Sex. Der Fall landete vor dem Landgericht Lüneburg.

Woher wussten die Richter was hinter verschlossener Toilettentür passiert war? Kameraden waren den beiden gefolgt, schauten über die Trennwand und machten Meldung. Der Divisionskommandeur gab den Fall an die Staatsanwaltschaft weiter. Der Unter-

offizier wurde wegen Volltrunkenheit zu vier Monaten, der Gefreite dagegen »wegen Unzucht zwischen Männern« zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. In der Berufungsverhandlung wurden beide Männer vom Landgericht einheitlich zu je einem Monat Gefängnis verurteilt: »Beide Angeklagten erfüllten den Tatbestand des § 175 I StGB, indem sie miteinander Unzucht trieben, wobei sich jeweils der eine vom anderen dazu missbrauchen ließ.«

Auf das Urteil des Landgerichts folgt die bundeswehreigene Disziplinalgerechtheitsbarkeit. Das Truppendienstgericht verurteilte den Unteroffizier im Februar 1964 zur Entfernung aus dem Dienstverhältnis und degradierte ihn zum Obergefreiten. Der Unteroffizier

legte Berufung ein. Der erste Wehrdienstsenat des Bundesdisziplinarhofs wies diese zurück und strich dem zwischenzeitlich regulär aus den Streitkräften ausgeschiedenen Soldaten die Übergangsgelder und die übliche Finanzierung einer beruflichen Fortbildung für den Start ins zivile Berufsleben. Die Urteilsbegründung des Wehrdienstsenats war denn auch deutlich schärfer als die der ersten Instanz: »Die Unzucht zwischen Männern, die der Beschuldigte [...] und der Gefreite [...] miteinander getrieben haben, weist denn auch ganz wesentliche Schwere-merkmale auf [...] Hinzu kommt, dass sich die Tat innerhalb des Kasernenbereichs zugetragen hat, in welchem der Beschuldigte in jedem Fall Vorgesetz-

ter des [Gefreiten] war [...] Das Bild, welches der Beschuldigte dabei als Unteroffizier und Vorgesetzter bot, war denkbar widerwärtig.«

»Hundertfünfundsiebziger«

Seit 1871 stellte der § 175 des Reichsstrafgesetzbuches »widernatürliche Unzucht, welche zwischen Personen männlichen Geschlechts oder von Menschen mit Tieren begangen wird«, unter Strafe. Das Reichsgericht hatte in seiner Rechtsprechung die Anwendung des § 175 aber auf den analen Geschlechtsverkehr und »beischlafähnliche Handlungen« beschränkt. Weibliche Homosexualität stand zu keinem Zeitpunkt unter Strafe. 1935 erweiterten und verschärften die Nationalsozialisten den Paragraphen drastisch. Nunmehr stand jegliche sexuelle Handlung zwischen Männern unter Strafe. Es genügte schon die Selbstbefriedigung in Gegenwart eines anderen Mannes, ohne diesen zu berühren. Anders als die DDR behielt Westdeutschland nach 1949 das verschärfte nationalsozialistische Recht bei. Rund 50 000 Männer wurden zwischen 1949 und 1969 in der Bundesrepublik nach § 175 StGB verurteilt. Waren die Verurteilten Soldaten, folgten auf das Strafurteil die Anklage durch den Wehrdisziplinaranwalt und eine Verurteilung durch die Truppendienstgerichte.

Dabei spielte es keine Rolle, dass es sich um einvernehmlichen Sex handelte. Das mussten 1965 auch ein Major aus dem Bundesverteidigungsministerium und sein Partner, ein Zivilangestellter auf der Hardthöhe, erfahren. Kollegen hatte die Beziehung zwischen beiden Männern an Vorgesetzte gemeldet. Das Ministerium informierte die Kriminalpolizei Bonn; diese ermittelte. Den Verhören hielten die beiden Männer nicht stand und begannen, den jeweils anderen detailreich zu beschuldigen. Das Amtsgericht Bonn verurteilte den Major anstelle einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu einer Geldstrafe von 2000 DM. Ihm wurde nahegelegt, seine eigene Entlassung zu beantragen – was dieser auch tat.

Das Bundesministerium der Verteidigung ließ auch danach nicht von dem bestraften und vor dem beruflichen Nichts stehenden Mann ab: »Nach Rücksprache mit [dem Referat] P II 5 soll das disziplinargerichtliche Verfahren fortgeführt werden, da

► Flyer des Bundesarbeitskreises schwuler Soldaten (BASS) aus den 1990er Jahren.

schon eingeleitet.« 1967 verurteilte ein Truppendienstgericht den Major der Reserve zur Dienstgradherabsetzung zum Obergefreiten.

Ein achtzehnjähriger Matrose

Dass der Dienstherr oftmals kein Pardon für auch noch so geringe Verdachtsfälle kannte, musste 1960 ein junger Matrose erfahren. Der Kommandant der Schulfregatte schrieb dem Vater des 18-Jährigen: »Ihr Sohn [...] hat sich in widernatürlicher Absicht einen Kameraden genähert, während dieser schlief. Er hat damit gegen den StGB § 175 verstoßen [...] Ihr Sohn hat seine Verfehlung sehr bedauert. Trotzdem war ich gezwungen, einen Antrag auf Entlassung gegen ihn zu stellen.«

Der Gefreite hatte an Bord morgens um fünf Uhr auf dem Rückweg vom WC einem schlafenden Kameraden die Bettdecke weggezogen, um diesen »zu necken«. Dabei griff er auch kurz an dessen steifes Glied – nach eigener Aussage nur aus Spaß und ohne jede sexuelle Absicht. Die Staatsanwaltschaft glaubte dem jungen Mann und verneinte den Tatbestand des § 175. Nicht so die Bundeswehrjuristen: Der Gefreite wurde degradiert und entlassen. Dessen Vater schrieb an Verteidigungsminister Franz Josef Strauß: »Sie werden verstehen, dass ich als alter Soldat um das Recht und um die Ehre meines Jungen kämpfen muss.«

Das Verwaltungsgericht gab der Klage des Vaters des noch Minderjährigen statt und hob die Entlassungsverfügung auf. Das Bundesministerium der Verteidigung ging in Berufung und bekam vor dem Oberverwaltungsgericht Recht. Der Vater schrieb erneut an Strauß: »Herr Minister, mein Sohn ist sauber und charakterlich einwandfrei [...] Ich appelliere an Ihr Soldatenherz, an Ihren Weitblick [...] Es geht mir nur um die Wiederherstellung der Ehre meines Sohnes, die ja letzten Endes auch meine Ehre und die Ehre meiner Familie ist.« Statt des Ministers antwortete das Referat Personal III 7 E: Weder die Entlassung noch die Degradierung zum Matrosen könnten rückgängig gemacht werden. Der Fall einer neckisch weggezogenen Bettdecke und eines kurzen Griffs an ein Glied beschäftigte dann auch noch das Bundes-



verwaltungsgericht. Die höchste Instanz bestätigte die Entlassung.

Der tiefe Fall eines Weltkriegshelden

Der § 175 beendete auch die aussichtsreiche Laufbahn eines hoch dekorierten Soldaten des letzten Krieges, der in der Bundeswehr wieder nach den Sternen griff – in einer Aprilnacht in den späten 1950er Jahren gegen ein Uhr nachts auf einem öffentlichen Parkplatz in der Kölner Innenstadt. Die spätere Anschuldigungsschrift der Staatsanwaltschaft Köln überliefert das Geschehen mit verstörender Liebe zum Detail: Ein Polizeihauptwachtmeister kam nach Dienstschluss an dem Parkplatz vorbei. In dem großen Mercedes brannte Licht, dies kam im verdächtig vor, er trat an das Auto heran und leuchtete mit einer Taschenlampe in das Innere des Wagens: »Die beiden Männer seien offenbar so sehr mit ihrer Tätigkeit beschäftigt gewesen, dass sie das Hineinleuchten [sei-

ner] Taschenlampe nicht bemerkt hätten [...] Die beiden Männer seien erschrocken und bestürzt gewesen.«

Der Polizeibeamte erstattete Strafanzeige. Bereits am Montag nach der schicksalhaften Samstagnacht wurde der Stabsoffizier durch den für seinen Verband zuständigen Wehrdisziplinaranwalt vernommen. »Energisch« bestritt er dabei »jede gegenseitige unzüchtige Berührung«.

Der andere Mann wurde zu einer Geldstrafe von 300 DM verurteilt. Dass er überhaupt nach § 175 StGB verurteilt werden konnte, war direkte Folge der Beibehaltung der verschärften nationalsozialistischen Fassung dieses Paragraphen durch die Bundesrepublik.

Unmittelbar vor Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Amtsgericht beantragte der Stabsoffizier seine Entlassung aus den Streitkräften, »weil er sich den an einen Offizier zu stellenden Anforderungen nicht mehr gewachsen fühle«. Der Bundespräsident gab dem Antrag statt. Der Offizier kehrte Deutschland den Rücken, flog ins ferne Ausland und baute sich dort eine neue Existenz auf. Das Amtsgericht Köln er-

ließ Haftbefehl, aber das Strafverfahren wurde letztlich vorläufig eingestellt, »weil dieser sich durch Auswanderung [...] der Strafverfolgung entzog«. Damit hätte diese Angelegenheit für die Streitkräfte wie für die Strafjustiz ihr Bewenden haben können. Aber der zuständige Wehrdisziplinaranwalt dachte nicht daran, sein Ermittlungsverfahren einzustellen.

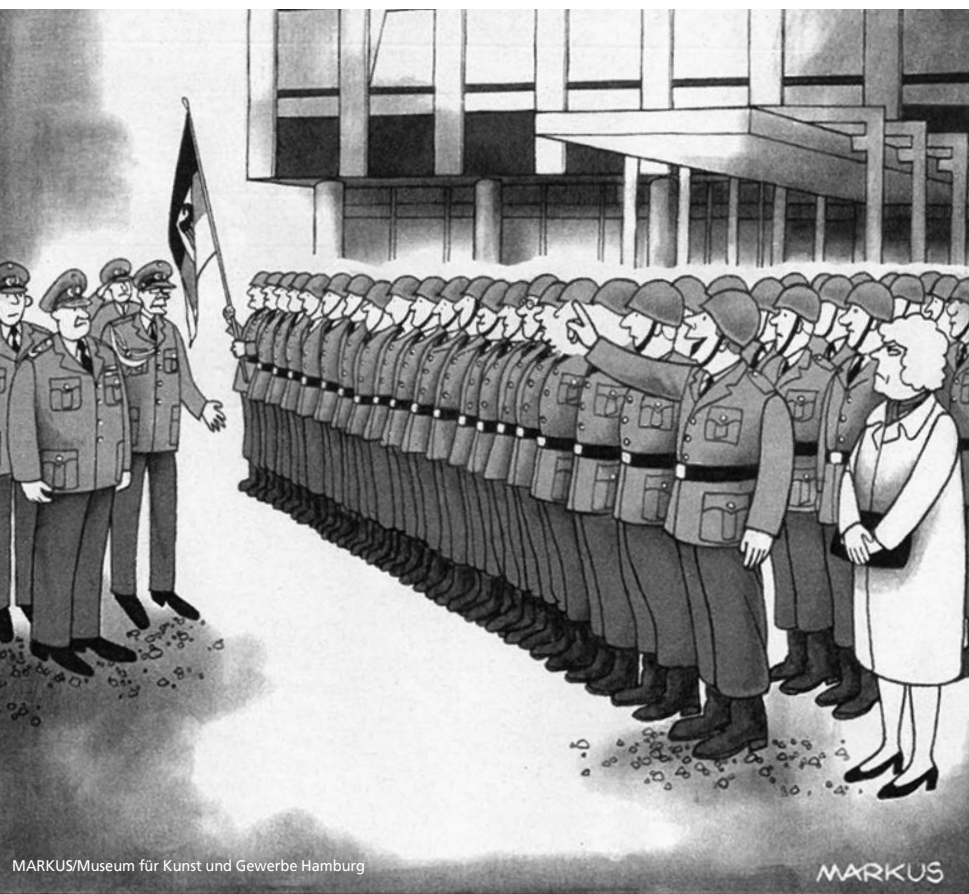
Vier Jahre nach dem nächtlichen Vorfall auf dem Parkplatz nahm das Truppendienstgericht die Verhandlung in Abwesenheit des Beschuldigten auf. Beim Studium der Akten fällt auf, dass sich der Truppendienstrichter sichtlich darum bemüht, Zweifel an der Schilderung des Tatgeschehens durch den Polizeibeamten und an dessen Erinnerungsvermögen zu streuen: Es blieben »so viele Zweifel [...], dass der volle Beweis der gegenseitigen homosexuellen Betätigung als nicht erbracht erscheint«, heißt es später im Urteil. Es ist sicher keine wilde Spekulation anzunehmen, dass die hohen Kriegsauszeichnungen des Beschuldigten und sein Ansehen als Kriegsheld die Truppendienstrichter beeindruckten und milde stimmten. Dennoch: Auch ohne

Klärung der Frage, ob der strafrechtliche Tatbestand des § 175 StGB erfüllt wurde oder nicht, läge ein Dienstvergehen vor. Der Wehrdisziplinaranwalt beantragte nun die Degradierung des Stabsoffiziers zum Oberleutnant. Die Truppendienstrichter folgten auch diesem Antrag nicht und ließen in der Begründung deutlich ihre Motivation für die erstaunliche Milde durchblicken: »Der Beschuldigte hat seinen Dienstgrad im Kriege in tapferem, außergewöhnlichem Einsatz erworben und verdient. Er hat jahrelang [...] sein Leben eingesetzt, er ist hoch dekoriert worden. Auch in der Bundeswehr hat er überdurchschnittliche Leistungen gezeigt, er hat im Dienst nie versagt, wohl aber immer vorbildlich gewirkt [...] Der Beschuldigte lebt im fernen Ausland [...] Wird er aber einberufen, so spricht viel dafür, dass es nur im Ernstfalle dazu käme. Für diesen Fall dem Beschuldigten den Dienstgrad – ganz oder teilweise – zu nehmen, wäre eine zu harte unangemessene Strafe für Tat und Schuld.« Das Verfahren wurde eingestellt.

»Lascher Umgang ziviler Instanzen mit Homosexualität«

Im Jahre 1969 wurden auch in Westdeutschland einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen Männern ab dem Alter von 21 Jahren straffrei gestellt. Die Altersgrenze wurde nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Interessen der Bundeswehr festgesetzt. Die weiterhin unter Strafandrohung stehende Männer der Altersgruppe zwischen 18 und 21 waren die Wehrpflichtigen.

Doch auch nach der Entkriminalisierung der Sexualität zwischen erwachsenen Männern hielt die Bundeswehr an deren disziplinarer Ahndung fest. Noch 1993 klagte der Befehlshaber im Wehrbereichskommando III, Generalmajor Manfred Würfel, im Magazin »Der Spiegel«: »Wie aber kann ich meinen Leuten klarmachen, dass ich Homosexualität in meinen Einheiten nicht dulden kann, wenn sie draußen in der Gesellschaft nicht mehr strafbar ist?« Dem Magazin zufolge »fürchtete« der General »um die Disziplin in der Truppe, wenn in seiner ›Männergemeinschaft auf engstem Raum‹ der lasche Umgang ziviler Instanzen [mit



»Meine Mutter möchte gern wissen, ob Sie verheiratet sind, Herr General!«

◄ In Kießlings Nachlass fand sich auch diese Karikatur aus dem *Stern* vom 19. Januar 1984.

Homosexualität] um sich greife« – wohlge­merkt: 1993.

Das Bundesverwaltungsgericht ur­teilte aber schon 1970, homosexuelles Verhalten außerhalb des Dienstes und ohne Bezug zum Dienst stelle kein Dienstvergehen (mehr) dar. Der für eine disziplinarrechtliche Ahndung notwendige dienstliche Bezug war natürlich gegeben, wenn ein Soldat einen anderen Soldaten gegen dessen Willen sexuell belästigte oder sich gar an diesem verging.

Auch einvernehmliche sexuelle Be­ziehungen – in der Freizeit und zwi­schen den Dienstgraden – waren ein Dienstvergehen. Es genügte ein ab­straktes Vorgesetztenverhältnis nach den Regelungen der Vorgesetztenver­ordnung. So wurden Offiziere und Un­teroffiziere für sexuelle Beziehungen mit dienstgradniedrigeren Soldaten anderer Einheiten ihrer Kaserne dis­ziplinar gemaßregelt. In Einzelfällen genügte dem Truppendienstgericht bei Soldaten entfernt dislozierter Ba­taillone eines Regiments oder einer Brigade, dass sich diese bei Übungen begegnen könnten und dann ein Vor­gesetztenverhältnis bestehen würde. Der Leitsatz aller Truppendienstge­richtsurteile lautete: »Homosexuelle Beziehungen können in der Bundes­wehr nicht geduldet werden.« Die Streitkräfte sahen darin eine Gefahr für Disziplin und Ordnung in der Truppe.

30 oder 40 Jahre zurückliegende Ent­scheidungen sollten nicht mit heutigen Wertmaßstäben gemessen werden. Die in der breiten Bevölkerung vorhande­nen Vorbehalte gegen homosexuelle Männer spiegelten sich auch im Den­ken der Soldaten wider.

Sexuelle Übergriffe

Die Akten zeigen zudem zahlreiche Fälle von sexuellen Übergriffen von Unteroffizieren und Offizieren auf dienstgradniedrigere (und zumeist jüngere) Soldaten. So wurde beispie­lweise 1962 ein Fregattenkapitän wegen versuchter schwerer Unzucht in drei Fällen und Unzucht in weiteren drei Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt. Damit verlor der Stabsoffizier automatisch seinen Berufssoldatenstatus, seinen Dienst­grad und seine Versorgungsansprüche. Diese und ähnliche Fälle würden (und werden) auch heute noch un­abhängig von der Frage der Homo­sexualität selbstverständlich diszi-



Michael Lindner

▲ Der Stern berichtete im Januar 1984 über einen entlassenen Hauptmann und zeigte den früheren Kompaniechef mit dem Grundgesetz vor seiner alten Kaserne.

plinarrechtlich und gegebenenfalls strafrechtlich geahndet.

Im Oktober 1991 forderte das Bun­desministerium der Verteidigung von den drei Truppendienstgerichten die statistischen Daten der in den zehn Jahren zuvor ergangenen Urteile in Zusammenhang mit »Homosexualität in den Streitkräften« an. Das Truppen­dienstgericht Nord in Münster meldete 28 Fälle für den Zeitraum 1981 bis 1991 und handschriftlich ergänzt für 1992 nochmals drei weitere Fälle: 1981 wur­den ein Kompaniefeldwebel und ein Zugführer jeweils wegen sexueller Übergriffe auf sieben Soldaten ihrer Kompanie bzw. ihres Zuges verurteilt. 1982 wurden gleich drei Kompanie­chefs verurteilt, darunter ein Haupt­mann, der aus dem Dienstverhältnis entfernt wurde. 1990 wurde ein Ober­leutnant zur See wegen sexueller Ver­gehen oder deren Versuch an vier sei­ner unterstellten Soldaten aus den Streitkräften entlassen. Das Truppen­dienstgericht Mitte in Koblenz meldete 19 verhandelte Fälle für den Zeitraum 1981 bis 1991: 14 Disziplinarstrafen, aber auch vier Freisprüche und eine Verfahrenseinstellung. Die härtesten Strafen trafen einen Kompaniechef im

Dienstgrad Hauptmann und einen Zugführer im Dienstgrad Oberfeldwe­bel, die beide aus der Bundeswehr ent­lassen wurden.

Eine Liebe vor Gericht

Die Statistik unterschied nicht zwi­schen sexuellen Übergriffen und ein­vernehmlichen sexuellen Handlungen. Denn auch einvernehmlicher Sex zwi­schen Vorgesetzten und Untergebenen stellte bekanntlich ein Dienstvergehen dar, das zu ahnden war. So wie die Lie­besbeziehung zwischen einem Haupt­feldwebel und einem jungen Gefreiten seiner Batterie im Jahre 1967. Andere Soldaten hatten wiederholt beobachtet, wie die beiden »in auffälliger Weise miteinander gerangelt hatten«, wie sie sich streichelten und sich küssten. Die Soldaten machten Meldung und wur­den im späteren Verfahren zu wichti­gen Belastungszeugen. Die Beschul­digten stritten jedoch alle Vorwürfe ab und die Staatsanwaltschaft stellte das Ermittlungsverfahren wegen Ver­dachts der Unzucht nach § 175 StGB ein. Die bundeswehreigene Diszipli­narjustiz hatte jedoch keinen Zweifel an deren Schuld. Das Truppendienst-

DER SPIEGEL 4/1984



▲ Der Wörner-Kießling-Skandal füllte im Januar 1984 drei Spiegel-Titel.

gericht befand den Hauptfeldwebel eines Dienstvergehens für schuldig und erkannte gegen ihn auf Entfernung aus dem Dienstverhältnis. Der Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts bestätigte das erstinstanzliche Urteil: »Gleichgeschlechtliche Handlungen zwischen Angehörigen der Bundeswehr sind und bleiben – unabhängig von der inzwischen durch die Abschaffung des § 175 StGB bisheriger Fassung zum Ausdruck gekommenen Änderung ihrer strafrechtlichen Wertung – für eine so enge Männergemeinschaft, wie sie die Armee darstellt, unerträglich [...] Höher zu veranschlagen ist die Gefahr einer Störung der inneren Ordnung, die von Disziplin und Autorität getragen werden muss.«

»24 Stunden unter Kontrolle«

Die mediale Erregung um die Ermittlungen gegen den fälschlich als homosexuell denunzierten General Günter Kießling machte 1984 auch erstmals den Umgang der Streitkräfte mit schwulen Soldaten zum großen Thema: »Soldaten als potentielle Sexualpartner«. »Der Spiegel« zitierte aus einem Schreiben eines homosexuellen Soldaten: »Ich habe einfach Angst, Angst vor der Entdeckung [...] Deshalb ziehe ich mich zurück, vermeide jeden engen Kontakt zu Kameraden, blocke jedes Gespräch ab. Ich bin gezwungen, meine Persönlichkeit zu negieren, habe

dauernd die Repressionen vor Augen [...] Es gibt für mich keinen Freiraum mehr, ich muss mich 24 Stunden unter Kontrolle haben.«

Die Wirkung der Kießling-Affäre auf tatsächlich homosexuelle Soldaten war enorm. Ein damaliger junger Leutnant erinnerte sich an seine Angst: »Wenn die das sogar mit dem höchsten General machen können, was werden sie mit mir machen, wenn sie mich entdecken?« Der Leutnant mied fortan schwule Bars und Clubs in der nahen Großstadt und fuhr zum Ausgehen in weit entfernte Städte. Das Bundesministerium der Verteidigung musste öffentlich dementieren, Listen mit den Namen von angeblichen oder tatsächlichen homosexuellen Soldaten zu führen.

Über Homosexualität wurde unter Soldaten ungern gesprochen – und wenn, dann meist als Witz: »79 Zentimeter sind schwul, 81 Zentimeter sind Fahnenflucht.« Wohl fast jeder neu eingezogene Soldat hörte bei den ersten Übungen, in Formation im Abstand von genau 80 cm zum Vordermann zu marschieren, irgendwann vom Ausbilder diesen Spruch, erinnerte sich Lorenz Hemmicker 2014 in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ): »Kameraden im Stich lassen oder ihnen zu nahe kommen – damit waren die Todsünden des Soldatentums benannt.«

»Nichtzuerkennung zum Vorgesetzten«

Auch unterhalb der Schwelle des Disziplinarrechts galt Homosexualität in der Bundeswehr nach 1969 weiterhin als schwerer Makel, der in der Regel zu gravierenden dienstlichen Nachteilen führte. Ein »Outing« bedeutete unweigerlich das Ende der Karriere: »Ein Offizier oder Unteroffizier, der angibt, homosexuelle Neigungen zu haben, muss damit rechnen, nicht mehr befördert oder mit höherwertigen Aufgaben betraut zu werden. Ferner kann er nicht mehr in einer Dienststellung als

- ▶ Der Stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber Europa (DSACEUR) General Günter Kießling wurde 1983 fälschlich der Homosexualität verdächtigt, kurzfristig und ohne militärische Ehren in den einstweiligen Ruhestand versetzt und 1984 rehabilitiert. Dank an Generalarzt a.D. Dr. Horst Hennig für die Überlassung des Fotos.

unmittelbarer Vorgesetzter in der Truppe (z.B. als Gruppenführer, Zugführer, Kompaniechef oder Kommandeur) verbleiben«, legte das Referat P II 1 des Verteidigungsministeriums im März 1984 fest.

Ein Zeitsoldat hatte selbst bei besten Beurteilungen keine Chance zum Berufssoldaten ernannt zu werden. Bekannte sich ein junger Offizieranwärter zu seiner Homosexualität, wurde er im vereinfachten Verfahren entlassen, da er sich »nicht zum Offizier eigne«. Noch als Leutnant oder Oberleutnant konnten diese wegen »mangelnder Eignung als Berufssoldat« bis zum Ende ihres dritten Offizierdienstjahres entlassen werden. Sogar Wehrpflichtigen wurde verwehrt, freiwillig länger in Mannschaftsdienstgraden zu dienen. Die Begründung hierfür: »Aus dieser Laufbahn rekrutieren sich nämlich auch weitgehend die Unteroffiziere der Bundeswehr.« Und Homosexuelle waren ja nicht zum Unteroffizier geeignet.

Aber selbst homosexuelle Gefreite hatten keine Chance auf Weiterverpflichtung, denn: »Länger dienende Mannschaften gelangen auch ohne Zulassung zur Laufbahn der Unteroffiziere in Vertrauensstellungen ihrer Einheiten.« Kurzum: Keine Chance auf eine berufliche Zukunft bei den Streit-



Luns: Ein Mann ohne Tadel

General Kießling kenne ich als untadeligen Offizier," beteuerte Ex-NATO-Generalsekretär Luns. Außerdem: Homosexualität in der Armee – was soll's?

▲ Meldung im *Kölner Express* 20.1.1984.

kräften oder gar auf Karriere. Als homosexuell erkannte Soldaten aller Dienstgrade wurden aber in der Regel seit den 1970er Jahren auch nicht mehr vorzeitig entlassen, anders als beispielsweise in den britischen oder US-amerikanischen Streitkräften. In seinem Erlass vom März 1984 hatte das Verteidigungsministerium nochmals eine vorzeitige Zur-Ruhesetzung der »Betroffenen« ausgeschlossen, zumindest solange keine Dienstunfähigkeit vorläge – »und dazu zählt die homosexuelle Orientierung nicht«.

Viele Interviews mit heute pensionierten schwulen Soldaten aller Dienstgrade zeigen, dass die Toleranz in der Truppe zumindest in den 1990er Jahren oftmals viel größer war, als dies die Vorschriften eigentlich zuließen. Ein als schwul erkannter Offizier oder Feldwebel hätte eigentlich nicht in Vorgesetztenfunktion bleiben können. In der Praxis jedoch waren nicht wenige, deren Homosexualität in der Kaserne ein offenes Geheimnis war, weiter als Vorgesetzte im Dienst.

Die Frage der Sagbarkeit war (und ist) der entscheidende Gradmesser der Akzeptanz in der Gesellschaft – und auch in den Streitkräften. Sich zur eigenen Homosexualität offen zu bekennen war der große Schritt, der dann in der Regel die Vorschriften greifen ließ. Solange homosexuelle Offiziere oder Unteroffiziere einfach ihr Leben lebten, ohne dies an die sprichwörtliche »große Glocke« zu hängen, konnten sie erstaunlich ungehindert ihren Weg in

der Armee gehen und Karriere bis in höchste Verwendungen machen.

Viele schwule Soldaten wünschten sich ein offeneres, freieres Leben ohne Heimlichkeiten. Auf der anderen Seite wollte aber bei Weitem nicht jeder homo- oder bisexuelle Mann sein Intimleben öffentlich machen. Jeder hat ein selbstverständliches Recht auf Privatsphäre. Und viele Männer und Frauen lebten und leben nach dem Grundsatz der strikten Trennung von Beruflichem und Privatem.

Dem stand aber auf der anderen Seite wiederum der Militärische Abschirmdienst (MAD) entgegen, für den es die explizite Trennung zwischen Beruflichem und Privatem nicht gab und der sexuelles Verhalten mit Erpressungspotenzial zu den abzuprüfenden Sicherheitsrisiken zählte.

Unter Verdacht. Homosexualität als Sicherheitsrisiko

Maßgeblich waren die für alle Ressorts der Bundesregierung geltenden Sicherheitsrichtlinien. Sie nannten unter »Punkt 7.3. Sicherheitsrisiken, die in der Person des Betroffenen liegen«: neben Schulden, Drogen, Spielsucht, Ladendiebstahl auch die »abnorme Veranlagung auf sexuellem Gebiet«, wozu – unabhängig von etwaiger Strafbarkeit – auch die Homosexualität zählte.

Die unmittelbare Lehre aus der Kießling-Affäre zeigte sich in der merkwürdig anmutenden expliziten Erwähnung der homosexuellen Veranlagung von Generalen im Rundschreiben der Abteilung P vom März 1984: »Die homosexuelle Veranlagung eines Generals wie jedes anderen Soldaten kann zu Sicherheitsbedenken führen, wenn sich aus ihr eine Erpressbarkeit ergibt. Die homosexuelle Veranlagung stellt für sich allein kein Sicherheitsrisiko dar.« Auch wenn Homosexualität nicht explizit in den Fragebögen zur Sicherheitsüberprüfung abgefragt wurde, so stieß der MAD bei Recherchen im persönlichen Umfeld der zu Überprüfenden naturgemäß schnell auf deren sexuelle Neigungen.

Laut FAZ war 1998 ein Oberleutnant von seinem Dienstposten als Zugführer in einem Objektschutzbataillon der Luftwaffe abgelöst und in einen Stab versetzt worden, »nachdem der MAD von seiner homosexuellen Neigung erfahren hatte«. Der Oberleutnant klagte bis vor das Bundesverfassungsgericht. »Die Zeit« brachte es schon 1984 auf



▲ Die kleine Szenezeitschrift *Gay Journal* widmete in ihrer Februar-Ausgabe 1984 der Bundeswehrraffäre und den homosexuellen Soldaten fünf volle Seiten.

den Punkt: »Durch die Diskriminierung [werde] überhaupt erst die Erpressbarkeit geschaffen«, »die Bundeswehr [schaffe] sich ihre eigenen Sicherheitsrisiken«.

Die in der Bundeswehr bei erkannter Homosexualität drohenden vielfältigen Sanktionen machten es für Soldaten notwendig, ihre Sexualität zu verstecken oder zu verneinen. Einen Ausweg aus diesem Dilemma konnte es nur durch eine Änderung der Haltung der Bundeswehr zur Homosexualität geben. Diesen von den Betroffenen lange erhofften und geforderten Schritt ging der Dienstherr im Jahr 2000.

■ Klaus Storkmann

Zeitzeugen gesucht

Das ZMSBw sucht für das laufende Forschungsprojekt weiterhin Zeitzeugen. Jeder, egal ob persönlich betroffen oder Beobachter, ist eingeladen, sich an den Verfasser des Artikels zu wenden, erreichbar unter KlausStorkmann@bundeswehr.org. Anonymität wird garantiert.



aktg-images/Kai-Olaf Hesse

▲ Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain, Berlin. Die gezeigte Außenausstellung war ab 2011 zu sehen, 2016 wurde sie durch eine digitale Ausstellung mit Audioguide ersetzt. Weitere Informationen erhalten die Besucher in einem Ausstellungspavillon vor dem Friedhof.

Vergessene Revolutionäre Der Friedhof der Märzgefallenen

Ein fast vergessener Ort der deutschen Geschichte liegt am Rande des Volksparkes Friedrichshain, mitten in Berlin. Im Rahmen des 100. Thronjubiläum Friedrichs II. konzipiert, war der Park 1846 dem Volk quasi gönnerhaft von der Obrigkeit übergeben worden. Die Grünanlage, vor den Toren der Stadt gelegen, sollte der dicht gedrängt lebenden Bevölkerung des östlichen Berlins Erholung ermöglichen. Doch nur zwei Jahre später erhielt der Park eine politische Umdeutung. Nach den blutigen Barrikadenkämpfen im März 1848 wurde die Mehrheit der Getöteten hier auf einem eigens angelegten Friedhof begraben. Damit schuf der Magistrat einen Ort,

an dem sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung über geschichtliches Erinnern immer wieder manifestierte: die Gedenkstätte Friedhof der Märzgefallenen.

1848 – politischer Frühling in Europa?

Eine kurze Rückschau: Im Europa des Jahres 1848 brodelte es gewaltig, politische Unruhen zogen sich über den gesamten Kontinent. Im »europäischen Völkerfrühling« entluden sich dabei die Spannungen gegen die Herrschenden. Die Erwartungen der Europäer an ihre Regierungen hatten sich spätestens seit der Französischen Revolution

1789 maßgeblich verändert. Zugleich waren nach dem Sieg über Napoleon restaurative König- und Fürstentümer etabliert worden. Diese unterbanden die politische Forderungen des Bürgertums: Verfassung, gewählte Volksversammlungen und Pressefreiheit. Hinzu kamen nun auch soziale Forderungen besonders von Seiten der aufkommenden Arbeiterschaft. So entzündeten sich seit Anfang 1848 – abermals von Paris ausgehend – eine Reihe von größeren und kleineren Revolutionen. In der Februarrevolution wurden der französische »Bürgerkönig« Louis-Philippe I. und mit ihm die seit 1830 bestehende »Julimonarchie« gestürzt und die Zweite Französische Republik aus-

gerufen: Der »Bürgerkönig« war letztlich den Bürgern nicht liberal genug gewesen. Aber auch die Arbeiterschaft stellte nun soziale Forderungen.

Diese erneute französische Revolution war wiederum ein Fanal für ganz Europa und vor allem für die Territorien und Staaten im Deutschen Bund – gemäß dem damaligen geflügelten Wort: »Wenn Paris niest, bekommt Europa einen Schnupfen.« Schon drei Tage später, am 27. Februar 1848, formulierte die Mannheimer Volksversammlung die ersten »Märzforderungen« und reichte die Petition an ihre badische Regierung in Karlsruhe: Volksbewaffnung, Pressefreiheit, Schwurgerichte, eine deutsche Nationalversammlung, und zwar im zugehörigen Nationalstaat, Menschen- und Bürgerrechte sowie eine Verfassung waren ihre Forderungen. Kurz darauf, am 13. März, traf der »Schnupfen« den Mann, der das geflügelte Wort geprägt haben soll: Klemens Fürst von Metternich, Staatskanzler Österreichs, musste zurücktreten und das Land verlassen.

Aber auch in Preußen und seiner Hauptstadt Berlin war die Revolution längst angekommen. Seit Anfang März gab es im Tiergarten Versammlungen »In den Zelten«, wie die Ausflugslokale hießen. Jenseits des Brandenburger Tors trotzten die Handwerker, Intellektuellen, jungen Adligen und auch die wenigen teilnehmenden Arbeiter dem Versammlungsverbot, das in der Stadt galt. Vor dem Brandenburger Tor erinnert heute der »Platz des 18. März« an den Ort, an dem die Revolution in Berlin ihren Anfang nahm.

In den Lokalen wurde diskutiert, gestritten und letztlich die »Märzforderungen« an die Adresse des Königs aufgestellt. Diese orientierten sich stark am süddeutschen Vorbild und enthielten für die damaligen Verhältnisse wahrhaft revolutionäre Ideen: unbedingte Pressefreiheit, vollständige Redefreiheit, freies Versammlungs- und Vereinigungsrecht, die Volksbewaffnung im Rahmen einer Bürgerwehr, die Einberufung des Vereinigten Landtages, die Schaffung eines gesamtdeutschen Parlaments und »gleiche politische Berechtigung aller, ohne Rücksicht auf religiöses Bekenntnis oder Besitz«.

► »Barrikadenszene am Alexanderplatz.« Zeitgenössischer Holzstich, koloriert, nach Zeichnung von J. Kirchhoff.

Sturm in Berlin

König Friedrich Wilhelm IV. schien zunächst zumindest für einige der Forderungen empfänglich zu sein und wollte dem Volk Zugeständnisse machen. Er versprach, die Zensur aufzuheben und den Vereinigten Landtag einzuberufen. Als sich jedoch am Berliner Stadtschloss 10 000 Berliner – Lehrlinge und Gesellen, Tagelöhner und Arbeiterfrauen – einfanden, wurden diese von Soldaten umstellt. Da es in den Tagen zuvor bereits blutige Zusammenstöße zwischen Bürgern und Militärs gegeben hatte, forderten die Protestierenden den Abzug der Soldaten. Doch die Lage eskalierte: Als der König im Begriff war, das Militär abziehen zu lassen, lösten sich zwei Schüsse. Diese wurden zum Startsignal der Revolution. Die Menschen flohen vom Schlossplatz in die umliegenden Gassen und Straßen. Dort errichteten sie etwa 1000 Barrikaden und kämpften dann 16 Stunden lang gegen die preußische Armee. Am Morgen des 19. März befahl der König dem Militär den Abzug. Seine militärischen Berater waren nicht sicher, ob sie die Stadt

würden halten können, und politisch war die Situation natürlich ohnehin brisant

Friedrich Wilhelm IV. gelang es anschließend überraschend schnell, die Bevölkerung hinter sich zu bringen: Er zog den Hut vor den Verstorbenen, die am Schlossplatz aufgebahrt wurden, und umritt die Stadt unter der schwarz-rot-goldenen Fahne – den Farben der Revolution. Zugleich ließ er verkünden, er stelle sich nun an die Spitze der Revolution und werde dafür sorgen, dass Preußen in Deutschlands Einheit aufgehe.

Für die Toten der Märznacht wurde ein eigener Friedhof angelegt, der von Beginn an als politische Gedenkstätte konzipiert wurde. Die Wahl fiel auf den Lindenberg, die höchste Erhebung im Volkspark Friedrichshain. Am 22. März wurden hier 183 Tote zu Grabe getragen, begleitet von 100 000 Berlinerinnen und Berlinern, einem Viertel der damaligen städtischen Bevölkerung.

Die Beisetzung fand unter Mitwirkung eines katholischen Priesters, eines protestantischen Pastors sowie eines jüdischen Geistlichen statt, flan-



kiert von zahlreichen politischen Reden. Letztlich fanden 255 Opfer der Revolution hier ihre letzte Ruhestätte; etwa 15 weitere setzten deren Familien an anderen Orten bei.

Eine weitere letzte Ruhestätte für die Toten der Barrikadennacht wurde im Invalidenpark in der Berliner Mitte errichtet. Der Beisetzung der 20 getöteten Soldaten am 24. März wohnten 10 000 Berliner bei. Die ursprüngliche Idee, auch diese auf dem Friedhof der Märzgefallenen zu bestatten, lehnten sowohl die Bürger als auch die Militärführung ab.

Gedenken: Revolutionäre, Aufständische, Opfer oder Helden?

Die Revolution in Berlin fand schon im November 1848 ein jähes Ende. Der König wollte von seinen Versprechungen bald nichts mehr wissen, und als die Frankfurter Nationalversammlung 1849 endgültig auseinander ging, war die Monarchie in Preußen schon längst wieder fest im Sattel.

Doch der Friedhof im Volkspark blieb bestehen. In jedem Jahr gab es eine feierliche Kranzniederlegung, wobei die Obrigkeit peinlichst darauf achtete, dass keine Reden gehalten oder Lieder gesungen wurden. So blieb der Friedhof inmitten des Parks zunächst gut besucht, doch nur wenige Jahre später war er als politische Gedenk-

stätte nicht mehr willkommen und wurde gesperrt. Wer nun der Toten des 18. März gedenken wollte, musste einfallreich sein. Es entwickelte sich darum für einige Jahre eine eigene Tradition: Die Pilger der Demokratie trafen sich im Arbeiterbezirk Friedrichshain, so nah am Friedhof wie nur eben möglich, zumeist in Trinkhallen, die rund um den Volkspark verteilt lagen. Dort gab es dann ein revolutionäres Gelage, das meist in einer Schlägerei mit der Polizei sein Ende fand.

Da die Friedhofsschließung also nicht die von der Obrigkeit gewünschte Ruhe gebracht und auch die Angehörigen der Bestatteten immer mehr Druck ausgeübt hatten, wurde der Friedhof 1861 wieder geöffnet. Er blieb jedoch die nächsten Jahrzehnte hindurch streng überwacht, wovon zahlreiche Fotografien und Protokolle in den Polizeiakten des Berliner Landesarchivs zeugen: Wer wann den Friedhof aufsuchte, wurde genauestens dokumentiert. Nicht zuletzt wurden auch die zum jährlichen Gedenktag am 18. März herangetragenen Kranzschleifen jeweils einzeln vom Zensor kontrolliert und bei Nichtgefallen abgeschnitten. Überliefert in den Polizeiakten sind daher Kranzschleifen mit Aufschriften wie: »Trotz aller Polizeischikane«. Auf dem Friedhof selbst und in den umliegenden Trinkhallen verkehrten Polizeispitzel, die im dort

vertretenen Milieu aus Mitgliedern der Arbeiterbewegung, Linksliberalen, liberalen Arbeitern und Handwerkern spionierten. Gewaltsame Auseinandersetzungen führten weiterhin zu Verhaftungen und Verurteilungen. Bis zum Ende des Kaiserreiches blieben zudem Reden oder Lieder auf dem Friedhof verboten. Am Ort selbst war nur stilles Gedenken möglich.

Im Dornröschenschlaf

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war der Friedhof im Friedrichshain zwar weiterhin gut besucht, aber sehr ungepflegt und gewissermaßen in einen Dornröschenschlaf gefallen. 1898, zum 50. Jahrestag der Märzrevolution, wurden die Pläne der Stadtverordnetenversammlung, ein Denkmal für die Freiheitskämpfer zu errichten, vom Magistrat der Stadt abgelehnt, die Umsetzung der Vorschläge des Magistrats für ein neues Eingangsportal wiederum wurde vom Polizeipräsidenten unterbunden. Die große Demonstration zum Jahrestag hingegen konnte auch die preußische Regierung nicht verhindern. 12 000 Besucher legten 465 Kränze an den Grabstellen der Märzgefallenen ab.

Die angestrebte Instandsetzung des Friedhofs fand erst 1900 statt, und auf die Errichtung eines Denkmals wurde wiederum verzichtet. An der anderen Seite des Volksparks wurde gegen Ende des Kaiserreiches noch fleißig gebaut. Der Park für das Volk sollte nun mit den Geschichten für das Volk geschmückt werden: Ab 1901 errichtet, wurde 1913 der Märchenbrunnen eingeweiht, der mit insgesamt zehn Figurengruppen geschmückt ist. Der Park entwickelte sich so mehr und mehr zu einem Anziehungspunkt in der Stadt, der auch über die Bezirksgrenzen hinweg Besucher und Sonntagsausflügler anlockte.

Neue Nachbarn

Die politischen Umbrüche des 20. Jahrhunderts hinterließen auf dem Friedhof der Märzgefallenen schnell ihre Spuren. Das Ende des Kaiserreiches und der Monarchie war wiederum nicht gewaltfrei errungen worden. Am 20. November 1918 wurden erstmals seit 70 Jahren neue Revolutionäre auf dem

◀ Beisetzung der Opfer der Revolution in Berlin am 20. November 1918.



Friedhof beigesetzt, mit der Absicht, die Traditionslinie zwischen der Revolution von 1848 und der neuerlichen Revolution zu betonen. Insgesamt wurden bis zum Ende des Jahres 29 Opfer der Revolution 1918/19 auf einem gesonderten Gräberfeld bestattet. Nach der endgültigen Spaltung der Arbeiterbewegung und dem »Spartakusaufstand« von Januar 1919 wurden die weiteren Opfer auf dem sogenannten Sozialistenfriedhof in Friedrichsfelde beigesetzt. Von nun an bestritten Kommunisten und Sozialdemokraten die Erinnerungsfeiern am 18. März getrennt und auch die liberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) lud zu einer eigenen Gedenkveranstaltung ein.

Die Weimarer Zeit war damit die Zeit der großen politischen Konkurrenz in der Deutung und Erinnerung an die Märzgefallenen, zugleich aber wurde die Gedenkstätte wiederbelebt. Auch das schon im Kaiserreich geplante Eingangsportale konnte nun errichtet werden, zu dessen Einweihung im Oktober 1925 ein Aufmarsch von 10 000 Mitgliedern des republikanisch gesinnten Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold inszeniert wurde.

Der Friedrichshain in der »Horst-Wessel-Stadt«

Der Hochzeit des Friedhofs in seiner politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Relevanz folgte ab 1933 ein massiver Bedeutungsverlust. Seit 1933 in der »Horst-Wessel-Stadt« gelegen – wie der Bezirk in Erinnerung an den 1930 verstorbenen und zum Märtyrer stilisierten SA-Sturmführer nun genannt wurde –, verfiel der Friedhof zunehmend.

Der Bedeutungsverlust des Friedhofs der Märzgefallenen war vor allem auf die politische Verfolgung seiner Befürworter und Besucher zurückzuführen. Mit Kriegsausbruch veränderte zudem der Volkspark Friedrichshain selbst sein Aussehen: Ab 1941 wurde dort ein Flakbunker errichtet, der 1945 entlang der Hauptkampflinie der Stadt von Flakhelfern und der SS bis zur Kapitulation Berlins am 2. Mai gehalten wurde.

Neubeginn im geteilten Berlin

Der damalige Bezirk Friedrichshain, der nach dem Krieg im Sowjetischen Sektor lag, war, wie Berlin insgesamt, im Kampf um die Reichshauptstadt

► »Roter Matrose«. Bronzefigur von Hans Kies 1960 auf dem Friedhof der Märzgefallenen.

stark zerstört worden. Der Volkspark befand sich in desolatem Zustand und war von Schützengräben durchzogen. Der Friedhof der Märzgefallenen war zwar von den Kämpfen 1945 verschont geblieben, bot jedoch nach vielen Jahren ohne Pflege einen verwahrlosten Anblick.

Einen Neubeginn fand schon im Frühjahr 1946 mit einer Grundreinigung und Bepflanzung statt. Mehr noch: Im Hinblick auf die Hundertjahrfeier 1948 wurde eine Schicht Erde aufgetragen, die neben den Spuren der Verwahrlosung auch einige der noch sichtbaren Grabsteine überdeckte. Zudem wurde für die Revolutionäre nun 100 Jahre nach ihrem Tod ein Gedenkstein aufgestellt. Dessen Inschrift, verfasst von Peter Alfons Steiniger, lautet: »Den Toten 1848/1918. Das Denkmal habt ihr selber euch errichtet. Nur ernste Mahnung spricht aus diesem Stein. Dass unser Volk niemals darauf verzichtet, wofür ihr starbt – einig und frei zu sein.«

Der Enthüllung des Steines durch Otto Suhr (SPD), den Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin, wohnte die SED-Fraktion nicht bei, die Parteien feierten getrennt. Nebenan wurden währenddessen andere Spuren des Kriegs vergraben: Bis 1950 entstanden hier der Kleine und der Große Bunkerberg, im Berliner Volksmund »Mont Klamott«, die seitdem den Friedhof der Märzgefallenen, einstmals auf der höchsten Erhebung im Park gelegen, überragen.

So im Schatten liegend, war der Friedhof zu DDR-Zeiten, wie eine Besucherin einmal erzählte, der »einsamste Ort in ganz Ost-Berlin«. Dennoch nutzte ihn das SED-Regime für staatliche Denkfeiern. Von 1957 bis 1961 erfolgte schließlich eine Umgestaltung, die das Aussehen des Friedhofs bis heute prägt: Eine neue Mauer wurde angelegt; vor allem aber erhielten die Grabstellen der Novemberrevolutionäre drei steinerne Sarkophage mit Zitaten von Karl Liebknecht und Walter Ulbricht. 1961 schließlich folgte die Statue des Roten Matrosen von Hans Kies. Bis heute begrüßt die überlebensgroße Bronzeskulptur die Besucher beim Gang zum Friedhof.

Im wiedervereinigten Deutschland wurde der Friedhof abermals verändert und zu einer Gedenkstätte ausge-



baut. Seit 2011 befindet sich in zwei großen Seecontainern eine Ausstellung zur Märzrevolution in Berlin, die den Kontext des Friedhofs erörtert. Neben zahlreichen anderen Sehenswürdigkeiten im Volkspark Friedrichshain gewinnt der Friedhof so langsam wieder an Popularität: Führungen und Workshops der historisch-politischen Bildung, die der Paul-Singer-Verein dort organisiert, und auch die Bemühungen der »Aktion 18. März« tragen dazu bei. Die Bürgerinitiative wirbt bereits seit 1978 in ganz Deutschland für einen Feiertag am 18. März in Gedenken an die Opfer des Barrikadenkampfes – diesem wichtigen Schritt auf dem Weg in die deutsche Demokratie –, die auf einem kleinen Hügel im Berliner Friedrichshain bestattet wurden.

■ Christine Strotmann

Literaturtipps

Rüdiger Hachtmann, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997.

Manfred Hettling, Totenkult statt Revolution. 1848 und seine Opfer, Frankfurt a.M. 1998.

Paul-Singer-Verein (Hrsg.), Am Grundstein der Demokratie. Die Revolution 1848 und der Friedhof der Märzgefallenen, Berlin 2011.



Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

▲ Deutsche Truppen mit Pferdewagen und Autos auf einer Vormarschstraße während der deutschen Frühjahrsoffensive 1918.

Unternehmen »Michael«

Der Auftakt zur deutschen Frühjahrsoffensive 1918

Nach dem Separatfrieden mit Russland setzte die deutsche Oberste Heeresleitung (OHL) im Frühjahr 1918 alles daran, auch im Westen einen »Siegfrieden« herbeizuführen, noch bevor die rasch aufwachsenden US-Streitkräfte der Entente ab Sommer 1918 ein erdrückendes Übergewicht verschaffen würden. Für diese letzte große Offensive konzentrierte die OHL alle verfügbaren deutschen Truppen an der Westfront. Bis März 1918 konnte dort die Zahl der Divisionen von 150 auf 193 gesteigert werden.

Der federführend vom Ersten Generalquartiermeister Erich Ludendorff geplanten Offensive lag die Idee zugrunde, fußend auf einem taktischen Durchbruch – ähnlich wie 1917 in Russland und Oberitalien – den Zusammenbruch der alliierten Front herbeizuführen. Die Offensive war dabei

von vornherein nicht als eine durchgängige Operation, sondern als Serie von Angriffsschlachten geplant. Sobald der Angriff sich an einer Stelle festlief, sollte er an einer anderen wieder aufgenommen werden, bis die Entente-Mächte entweder geschlagen oder doch zumindest verhandlungsbereit sein würden. Während die OHL öffentlich vorgab, »berechtigte Hoffnungen« auf einen für Deutschland günstigen Ausgang des Krieges auch im Westen zu haben, wurden die Möglichkeiten eines Scheiterns der Offensive allenfalls intern erörtert.

Hermann von Kuhl, Generalstabschef der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht und maßgeblich an den Planungen beteiligt, äußerte sich Anfang Februar 1918 in seinem Tagebuch wenig optimistisch. Die Offensive würde lediglich zu einer »Ausbauchung« der

Front führen: »Dann stecken wir in dem Gelände, das wir vor einem Jahr mühsam zerstört und aufgegeben haben. Schließlich kommen die Amerikaner doch.« Ludendorff selbst rief auf Nachfrage des Prinzen Max von Baden, was geschehe, wenn die Offensive misslänge, ebenso heftig wie fatalistisch aus: »Dann muss Deutschland eben zugrunde gehen.«

Anders formuliert: Die Frühjahrsoffensive war der letzte Trumpf der OHL, um unter Aufbietung aller noch verfügbaren Kräfte den Krieg doch noch in ihrem Sinne zu entscheiden. Allerdings würden die deutschen Truppen dabei ohne zahlenmäßige Überlegenheit auskommen müssen und die bei der Offensive zu erwartenden personellen Verluste nicht mehr ersetzen können. Im März 1918 verfügte das deutsche Westheer über etwa



▲ Der deutsche Kaiser Wilhelm II. (Mi.) mit dem Chef der Obersten Heeresleitung von Hindenburg (li.) und Generalquartiermeister Ludendorff vor der Lagekarte im Großen Hauptquartier.

vier Millionen Soldaten, 14 000 Geschütze, 3670 Flugzeuge, 23 000 Lastkraftwagen und weniger als 100 – zu meist aus Beutebeständen stammende – Panzer. Die alliierten Streitkräfte umfassten demgegenüber fünf Millionen Mann, 18 500 Geschütze, 4500 Flugzeuge, 100 000 Lastkraftwagen sowie über 800 Panzer.

Vorbereitungen

Die größte Sorge der OHL betraf jedoch nicht das ungünstige Kräfteverhältnis, sondern die Logistik. Wie sollten Artillerie und Nachschub nach einem taktischen Durchbruch und dem geglückten Übergang zum Bewegungskrieg mit der vorrückenden Infanterie Schritt halten? Aufgrund der dürftigen Ausstattung mit Lkw hing der Transport im Operationsgebiet 1918 immer noch maßgeblich von den nur noch unzureichend ernährten und knappen Zugpferden ab. Um den für den Angriff vorgesehenen Divisionen wenigstens ein Mindestmaß an Beweglichkeit zu verleihen, musste über die Hälfte der Verbände – die sogenannten Stellungendivisionen – einen Teil ihrer Pferde abgeben. Auf diese Weise konnten 44 Divisionen »mobil« gemacht werden. Weitere 26 erhielten zusätzliche Bewaffnung und Ausrüstung.

► »Michael findet planmäßig statt.«

Anfang 1918 wurden diese 70 »Angriffsdivisionen« nach und nach aus der Front gezogen und in dreiwöchigen Kursen nach der neuen Vorschrift »Der Angriff im Stellungskrieg« ausgebildet sowie in die neuen Schießverfahren der Artillerie eingewiesen. Überraschung und Initiative waren dabei die Schlüsselbegriffe. Die gegnerische Verteidigung sollte so paralytisiert und – noch ehe der Gegner wirksam reagieren konnte – bis zu den Artillerielinien infiltriert und aufgebrochen werden. Um die so entstehenden Gelegenheiten ohne Zeitverzug auch auszunutzen zu können, wurde die »Führung von vorn« propagiert.

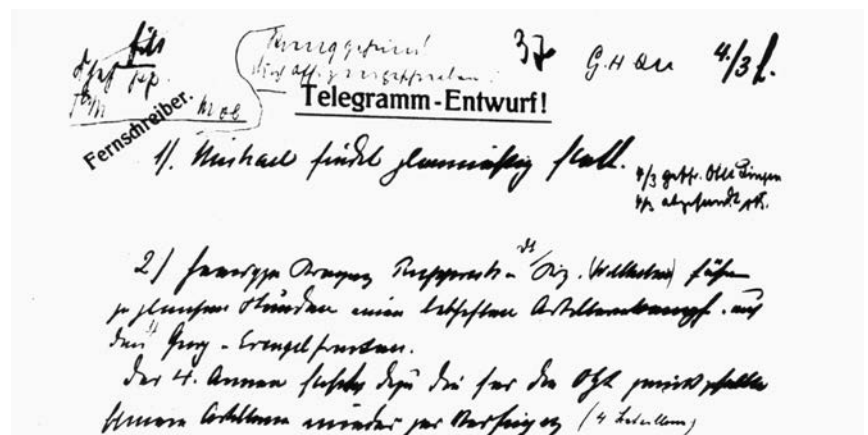
Ende Dezember 1917 kristallisierten sich Flandern und die Picardie als mögliche Schwerpunkte der deutschen

Frühjahrsoffensive heraus. Mit dem Unternehmen »St. Georg I« sollte die Front bei Armentières durchbrochen, mit »St. Georg II« der Ypern-Bogen angegriffen werden. Aufgrund der Bodenverhältnisse galt eine Offensive in Flandern aber frühestens im April als erfolgversprechend. So entschied sich Ludendorff bereits Ende Januar 1918 für die zwischen Arras und La Fère ansetzenden Offensiven »Michael I-III«. Diese sollten später durch die Angriffe »Mars« und »Erzengel« ergänzt werden. Hinzu kamen weitere Offensivoperationen an anderen Frontabschnitten.

Am 10. März 1918 erteilte der Chef der OHL, Paul von Hindenburg, für den 21. März den Angriffsbefehl für das Unternehmen »Michael«. Dessen Ziel war es, die alliierte Front an der Nahtstelle zwischen den britischen und den französischen Truppen zu durchbrechen und dann im Folgenden das britische Expeditionsheer gegen die Kanalküste zu drücken. Dazu wurden die deutsche 17., 2. und 18. Armee mit insgesamt 74 Divisionen gegen die etwa 30 Divisionen zählende britische 3. und 5. Armee angesetzt.

Ab Mitte März liefen die Offensivvorbereitungen auf Hochtouren. Ausgestattet mit Verpflegung und Futter für zwei bzw. drei Wochen, bezogen die Angriffsdivisionen bis zum 18. März zunächst Bereitstellungsräume hinter der Front. Dann erfolgte die bis zum 21. März, 1:00 Uhr abzuschließende Verlegung in die Sturmangangsstellungen.

Um die Angriffsvorbereitungen zu verschleiern, sollten bis 70 Kilometer hinter der Front alle ungewöhnlichen Bewegungen bei Tage und gutem Flugwetter vermieden werden. Alle neuen Anlagen, Truppen- und Vorratslager waren penibel gegen Fliegersicht zu tarnen. Der Fernsprech- und Funkver-



kehr wurden eingeschränkt, Feldpost und Kneipengespräche durch Zensurbehörden und Spitzel überwacht.

Gleichwohl blieben den Alliierten die deutschen Angriffsvorbereitungen nicht völlig verborgen. Von der britischen 3. und 5. Armee am 18. und 19. März gemachte Gefangene sagten aus, dass am 20. oder 21. eine deutsche Offensive beginnen werde. Dies deckte sich mit den Ergebnissen der britischen Luftaufklärung, die verstärkte Truppenbewegungen hinter der deutschen Front gemeldet hatte.

Nach den Erfahrungen der Nivelle-Offensive und der Dritten Flandernschlacht hatten sich auch das britische und das französische Heer die seit Herbst 1916 vom deutschen Westheer eingeübte Taktik der flexiblen Raumverteidigung zu eigen gemacht. Der Oberbefehlshaber der British Expeditionary Force (BEF), Feldmarschall Douglas Haig, zeigte sich daher zuversichtlich, den bevorstehenden deutschen Angriff abwehren zu können. Allerdings wiesen die Umsetzung des neuen Systems und der Ausbaugrad der Stellungen in der Praxis erhebliche Unterschiede auf.

Derweil bezogen die deutschen Verbände – lediglich behelligt durch das übliche Störfeuer und punktuelle Feuerüberfälle – in der klaren Nacht zum 21. März ihre Sturmangangsstellun-

gen. Nach zweitägigen Niederschlägen hatte der Regen aufgehört. Doch der Boden war vielerorts aufgeweicht und gegen Morgen bildete sich dichter Bodennebel, der bis zum Nachmittag anhielt.

Taktischer Durchbruch

Nach einem detaillierten Feuerplan des Artillerieberaters der OHL, Oberst Georg Bruchmüller (»Durchbruchmüller«), begann um 4:40 Uhr die Artillerievorbereitung. 6600 Geschütze führten relativ kurze, aber heftige Feuerschläge aus. Noch bei völliger Dunkelheit wurden zunächst die britischen Artilleriestellungen mit Spreng- und Gasgranaten eingedeckt. Die gegnerische Artillerie wurde so weitgehend niedergehalten und antwortete lediglich schwach. Zeitgleich nahmen schwere und schwerste Flachfeuer-Batterien hinter der Front Stäbe, Truppenlager und Verkehrswege unter Feuer. Auf diese Weise sollte die Führungs- und Bewegungsfähigkeit des Gegners gelähmt werden.

Nach einer Stunde verlagerte der Großteil der deutschen Batterien sein Feuer auf die ersten Angriffsziele der Infanterie. Nach insgesamt fünf Stunden Artillerievorbereitung begann um 9:40 Uhr der Infanterieangriff. Während Teilkraften weiter die britische

Artillerie niederhielten und Stützpunkte in der zweiten britischen Stellung beschossen, ging die Masse der Batterien nach fünfminütigem Trommelfeuer auf die vordersten britischen Gräben um 9:45 Uhr zur Feuerwalze über.

Der Infanterieangriff stieß anfangs nur auf geringen Widerstand. Schwierigkeiten bereiteten zunächst vor allem die Witterungs- und Bodenverhältnisse. Einzelne Infanterieeinheiten verloren im Nebel die Orientierung, während der aufgeweichte Lehmboden alle Bewegungen verlangsamte. vielerorts war die Infanterie daher nicht in der Lage, den Anschluss an die Feuerwalze zu halten. Die größten Probleme bereitete der aufgeweichte Boden jedoch der Artillerie. Der mit Beginn des Infanterieangriffs anstehende Stellungswechsel eines Teils der Batterien wurde so deutlich verzögert. Selbst die leichten Begleitbatterien blieben häufig hinter der angreifenden Infanterie zurück, sodass diese weitgehend auf sich selbst gestellt war.

Gleichwohl gelang es der Infanterie binnen weniger Stunden, die erste von drei britischen Verteidigungszonen – Forward, Battle und Rear Zone – fast vollständig einzunehmen. Anders als bei der britischen 3. hatte die 5. Armee die Forward Zone relativ dicht besetzen lassen. So verlor sie bereits in den ersten Stunden der Offensive einen großen Teil ihrer Infanterie und ihrer Maschinengewehre. Die Chancen für eine erfolgreiche Abwehr des deutschen Angriffs wurden dadurch frühzeitig erheblich verringert.

Für Ludendorff waren die Ergebnisse des ersten Angriffstages jedoch nicht zufriedenstellend. Die drei deutschen Armeen waren bis zum Abend nur etwa 4,5 Kilometer vorangekommen. Das handstreichartige Überrennen der britischen Verteidigung bis zu den Artillerielinien war nicht gelungen. Von 2700 Geschützen fielen so vorerst nur 138 in deutsche Hand. Stattdessen steckten die Angriffstruppen in der vom deutschen Artilleriefeuer bislang nur wenig beeinträchtigten zweiten gegnerischen Stellung fest, wo sie von den Verteidigern mit heftigem Infanterie- und Artilleriefeuer empfangen worden waren.

Die britische 3. Armee leistete auch in den folgenden Tagen weiter zähen Widerstand. Die am rechten deutschen Angriffsflügel eingesetzte 17. Armee kam daher nur langsam voran. Doch

Scher/Süddeutsche Zeitung Photo



▲ Das Kernelement des 1918 in der Dienstvorschrift »Die Angriffsschlacht im Stellungskrieg« festgelegten Angriffsverfahrens war der Einsatz von Sturmabteilungen als erste Angriffswelle. Sie sollten an den Schwachstellen in die gegnerische Verteidigung eindringen, diese aufsplittern und bis zu den Artillerielinien vorstoßen.

während diese am 23. März etwa sieben Kilometer von ihrer Ausgangsposition noch um die dritte britische Stellung kämpfte, hatten die deutsche 2. und 18. Armee die gegnerische Verteidigung bereits durchbrochen und waren bis zu 20 Kilometer weit vorgestoßen.

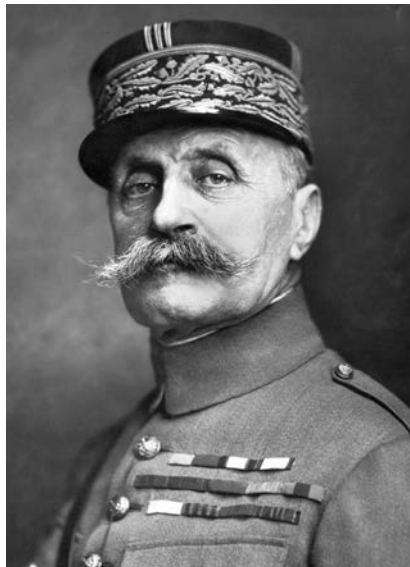
Nach drei Tagen Offensive klappte in der alliierten Front eine 80 Kilometer breite Bresche. Die britische 5. Armee war nahezu aufgerieben und die BEF befand sich in der schwersten Krise des gesamten Krieges. Auf deutscher Seite wurden diese Anfangserfolge mit Zuvorsicht betrachtet. Viele Soldaten hofften, dass nach einer letzten großen Anstrengung der Krieg rasch zu Ende gehen würde. Im Großen Hauptquartier herrschte nach dem gelungenen Durchbruch regelrechte Euphorie. Kaiser Wilhelm II. triumphierte am Abend des 23. März: »Die Schlacht ist gewonnen, die Engländer total geschlagen.« Schon glaubte man, dass die britische Seite bald um Waffenstillstand bitten werde.

Tatsächlich spielten sich beim britischen Rückzug auf verstopften Straßen zum Teil chaotische Szenen ab. Am 25. März erwog Haig schließlich sogar den Rückzug in die alten Stellungen des Jahres 1916.

Der Angriff stockt

Doch rasch häuften sich auf deutscher Seite die Probleme. Die nun tendenziell auseinanderstrebenden Angriffsbewegungen verloren zusehends an Kraft. Es gelang weder, die britische Front aufzurollen noch den taktischen Durchbruch zum operativen zu erweitern, um das britische vom französischen Heer zu trennen. Dazu fehlte es den deutschen Verbänden an der notwendigen Mobilität. Der Vormarsch durch das unwegsame Trichtergelände der Somme-Schlacht stellte sie außerdem vor unlösbare logistische Herausforderungen. Als weiteres verzögerndes Moment kam so hinzu, dass die unterversorgte Truppe regelmäßig zunächst die vorgefundenen Verpflegungslager des Gegners plünderte, ehe sie ihre Angriffe weiter fortsetzte.

Gleichzeitig formierte sich der alliierte Widerstand. Am 26. März war der Franzose Ferdinand Foch zum Generalissimus und Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte ernannt worden. Unter seiner Führung gelang es französischen und US-amerikanischen Ver-



▲ Marschall Ferdinand Foch (1851–1929).

bänden, die Front wieder zu stabilisieren. In der Hoffnung, doch noch eine »weiche Stelle« in der alliierten Front zu finden, ließ Ludendorff die Angriffe fortsetzen. Der von der 17. Armee in Richtung Arras vorgetragene »Mars«-Angriff scheiterte jedoch schon am 28. März. Auch der mit dem Ziel, das britische vom französischen Heer zu trennen, unternommene Vorstoß der 18. Armee auf den Eisenbahnknotenpunkt Amiens kam seit dem 30. März kaum noch voran. Nachdem hier auch eine mehrfache Erneuerung des Angriffs ohne Erfolg geblieben war, befahl Ludendorff am 5. April den Abbruch der »Michael«-Offensive.

Deren Bilanz fiel höchst zwiespältig aus. Einerseits hatten die deutschen Truppen geradezu spektakuläre taktische Erfolge errungen. In zwei Wochen waren sie auf knapp 80 Kilometer Breite bis zu 60 Kilometer weit vorgezogen. Erstmals seit Beginn des Stellungskrieges Ende 1914 war an der Westfront ein taktischer Durchbruch erreicht worden. Im Angriffsabschnitt war es gelungen, das Patt des Stellungskrieges zeitweilig aufzuheben und zum Bewegungskrieg zurückzukehren.

Andererseits war sowohl operativ als auch strategisch kaum etwas erreicht worden. Weder gelang es, die Alliierten voneinander zu trennen, noch konnten an irgendeiner Stelle größere Verbände des Gegners eingeschlossen und vernichtet werden. Stattdessen war eingetreten, was Kuhl befürchtet hatte – eine durch Ausbauchung verlängerte Front in verwüstetem Ge-

lände. Die strategische Lage des deutschen Heeres hatte sich daher nach den taktischen Erfolgen nicht verbessert, sondern verschlechtert. Während die Entente 220 000 Soldaten verloren hatte, beliefen sich die deutschen Verluste auf 240 000 Tote, Verwundete und Vermisste, dies betraf überproportional die Sturmtruppen und die Vorgesetzten der unteren Führungsebenen. Anders als die Alliierten konnte das deutsche Westheer diese schweren Verluste jedoch nicht mehr ersetzen.

Trotz der absehbaren Erschöpfung des deutschen Westheeres setzte Ludendorff auf immer neue Angriffe an anderen Frontabschnitten. Doch bereits die am 9. April anlaufende zweite Operation »Georgette« – eine abgespeckte Variante der »St. Georg«-Offensiven – blieb deutlich hinter den Ergebnissen von »Michael« zurück.

Schon nach einer Woche steckte der Angriff in Flandern fest. Für lokale taktische Erfolge wurden die immer schwächer werdenden deutschen Kräfte verzettelt und aufgebraucht. Von Kronprinz Rupprecht von Bayern nach dem operativen Ziel von »Georgette« gefragt, brach es aus Ludendorff heraus: »Das Wort ›Operation‹ verbitte ich mir. Wir hauen ein Loch hinein. Das Weitere findet sich. So haben wir es auch in Russland gemacht.«

Über einen »gewöhnlichen Sieg« gelangte jedoch keine der deutschen Angriffsoperationen hinaus. Daran konnten auch die noch einmal beträchtlichen Geländegewinne des Unternehmens »Blücher-Yorck« westlich Reims im Mai/Juni 1918 nichts ändern. Denn selbst wo der taktische Durchbruch – das Hineinhauen des »Loches« – gelang, fehlte es der deutschen Seite an geeigneten Konzepten und hinreichenden Mitteln für dessen operative Erweiterung. »Das Weitere« fand sich nicht und damit war die deutsche Offensive bereits Anfang Juni operativ gescheitert. Am Ende hatte sich die Lage des deutschen Heeres nicht verbessert, sondern derart verschlechtert, dass es den im Juli beginnenden Offensiven der Entente nichts mehr entgegensetzen hatte.

■ Christian Th. Müller

Literaturtipps

Jörg Duppler/Gerhard P. Groß (Hrsg.), *Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung*, Berlin/Boston 1999.
Manfred Nebelin, *Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg*, München 2010.



▲ Norwegische Soldaten mit Panzerfaust in Stellung im Sommer 1949 irgendwo in Schleswig-Holstein.

Aus Besatzern wurden Verbündete

Die norwegische »Tysklandsbrigaden« (1947–1953)

Dicke Nebelschwaden lagen über dem Hamburger Hafen an diesem sehr kalten Morgen im Februar 1947. Nur schemenhaft konnte man von Bord aus das gerade aus Oslo eingetroffene als Truppentransportschiff genutzte, norwegische Stückgutfrachters »Svalbard« die kriegszerstörten Hafenanlagen erkennen. Als Fracht hatte das Schiff nicht die in der Millionenstadt so dringend benötigten Waren oder Nahrungsmittel, sondern einige hundert Soldaten der königlich-norwegischen Streitkräfte. Die jungen Männer, die wenig später an Land gingen, waren das erste Kontingent einer norwegischen Besatzungstruppe, die unter britischem Kommando in Norddeutschland eingesetzt werden sollte, um den Verbündeten personell zu entlasten und militärische Ausbildung zu betreiben. Die Anlan-

derung dieser ersten Einheiten der »Tysklandsbrigaden« (norwegisch für »Deutschlandbrigade«) jährte sich im Frühjahr 2017 zum 70. Mal. Dieses Ereignis wurde und wird von der Regierung, aber auch von der Öffentlichkeit Norwegens regelmäßig gewürdigt. In Deutschland hingegen ist im öffentlichen Diskurs nicht mehr präsent, dass zwischen 1947 und 1953 norwegische Besatzungssoldaten zwischen Flensburg und Goslar stationiert waren.

Der Aufbau des Besatzungsregimes in Norddeutschland

Zwischen dem 7. und 9. Mai 1945 kapituliert die deutsche Wehrmacht mit ihren Teilstreitkräften in Teilschritten bedingungslos gegenüber den alliierten Oberkommandos. Nach 69 qualvollen Monaten und über 60 Millionen To-

ten weltweit endete der deutsche Eroberungs- und Vernichtungskrieg mit der totalen Niederlage. Bereits frühzeitig hatten die Alliierten sich Gedanken über die Zeit nach dem Sieg über Hitler-Deutschland gemacht. Aber erst die Konferenzen von Jalta und Potsdam im Frühjahr und im Sommer 1945 führten zur Aufteilung des Deutschen Reiches in vier Besatzungszonen. Jede der Siegermächte USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich erhielt einen Bereich möglichst nahe dem eigenen Staatsgebiet zugeteilt. Großbritannien war fortan für Nord- und Nordwestdeutschland sowie das Ruhrgebiet und das nördliche Rheinland verantwortlich.

Ganz Europa hatte unter dem Krieg gelitten. Die Zerstörungen waren unvorstellbar. Nur langsam begann der Wiederaufbau nicht nur der zerstörten

Städte, sondern auch der Infrastruktur und der Industrieanlagen. Ohne die US-amerikanische Hilfe des »European Recovery Program« (als Marshall-Plan bekannt, mehr dazu auf S. 29 dieser **Militärgeschichte**) hätte Westeuropa noch wesentlich länger benötigt, um sich wirtschaftlich zu erholen. Damit sämtliche Lasten des Wiederaufbaus gleichmäßig verteilt werden konnten, mussten alle westeuropäischen Staaten ihren Möglichkeiten entsprechend einen Beitrag zu den Anstrengungen leisten. In diesem Zusammenhang bat Großbritannien seine Verbündeten Belgien, Dänemark, Niederlande und Norwegen sich an der Besetzung Deutschlands mit eigenen militärischen Kontingenten zu beteiligen. Bereits im Frühjahr 1946 wurden hierzu Verhandlungen in London geführt. Nach einem zähen Ringen konnten Einigungen über die jeweils länderspezifische Unterstützung erzielt werden.

Die Beteiligung Norwegens an der Besetzung 1947–1953

Infolgedessen erklärte sich das Königreich Norwegen bereit, rund 4400 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten als selbstständigen norwegischen Verband ab März 1947 nach Westdeutschland zu entsenden. Sie wurden der »British Army of the Rhine« (BAOR) als Teil der 5th Yorkshire Division unterstellt und erhielten den Namen »Tysklandsbrigaden«. Geführt wurden sie vom »Tysklandskommando« (»Deutschlandkommando«), an dessen Spitze ein norwegischer Zwei-Sterne-General stand, der mit seinem Stab das Bindeglied zwischen der Brigade, den Behörden in Oslo und den britischen Militärbehörden in Deutschland war. Zudem trug er die Verantwortung für die Ausbildung, Verwaltung und Jurisdiktion der Brigade sowie für die Planung ihrer Übungen.

Zunächst für zwei Jahre mit einem halbjährigen personellen Wechsel wurden die norwegischen Einheiten unter dem Motto »Für den Frieden nach Deutschland« im Winter 1947 in Niedersachsen in Standorten entlang des Harzes in Braunschweig, Goslar, Northeim, Holzminden, Hötter, Göttingen

und Bad Gandersheim stationiert. Dies war der östliche Bereich der Britischen Besatzungszone unweit der Grenze zur Sowjetischen Besatzungszone, dessen Landschaft teilweise von waldbedeckten Hügeln und Bergen geprägt ist und folglich die Soldaten an ihre Heimat in Ostnorwegen erinnerte. Für die militärische Ausbildung der Wehrpflichtigen war dies durchaus von Vorteil, da man hier die Ausbildungsgrundsätze aus der Heimat ohne größere Veränderungen in die Praxis umsetzen konnte. Zudem half die Landschaft ein Problem zumindest zum Teil zu überwinden, das aus heutiger Sicht fast unvorstellbar ist: Die meisten Soldaten der »Tysklandsbrigaden« hatten ihre Heimat zuvor noch nie verlassen. Über Nacht wurden sie, wie unlängst der norwegische Journalist und Politiker Nils Morten Udgaard im Rückblick feststellte, mit einer kulturell, sozial und auch politisch vollkommen anderen Welt konfrontiert, wie keine Generation des Landes zuvor.

Nach dem kommunistischen Staatsstreich in der Tschechoslowakei und der sowjetischen Berlin-Blockade 1948 einigten sich die Regierungen in London und Oslo darauf, die norwegischen Einheiten von der exponierten Stellung an der innerdeutschen Grenze abzuziehen und nach Schleswig-

Holstein zu verlegen, wo deren Versorgung auch unmittelbarer und kostengünstiger sichergestellt werden konnte. Über die Jahre war die Brigade auf Garnisonen in Itzehoe, Neumünster, Rendsburg, Husum, Holtenu, Schleswig und Flensburg aufgeteilt. Gemeinsam mit den dort ebenfalls stationierten dänischen und britischen Kameraden bildeten sie eine rund 7000 Soldaten umfassende Besatzungs- und ab 1949 auch eine Schutzmacht im nördlichsten Bereich der jungen Bundesrepublik. Das gemeinsame Hauptquartier befand sich während des gesamten Zeitraums in der Eider-Kaserne in Rendsburg.

Der Ausbruch des Koreakrieges veränderte die Situation dann noch einmal grundlegend. Bereits im Juli 1950 beschloss der norwegische Verteidigungsrat infolge einer neuen Bedrohungsanalyse, den Auftrag der eigenen in Deutschland stationierten Kräfte dahingehend zu erweitern, dass sie im Kriegsfall, gemeinsam mit den britischen und dänischen – jedoch unter der Führung des norwegischen Befehlshabers dieser Region – verzögernd am Nord-Ostsee-Kanal bis hin zur dänischen Grenze einen sowjetischen Angriff abwehren würden. Die Regierungen Großbritanniens, Dänemarks und Norwegens einigten sich dann sehr schnell darauf, die gemein-



Forsvarsmuseet, Norge

► Die Zugführer und Leutnants Kjell Michaelsen und Andreas Hauge während einer Übung in Niedersachsen im Winter 1947.

samen Verteidigungsanstrengungen zu institutionalisieren und ihre Einheiten organisatorisch unter dem Dach der »South Jutland Land Covering Forces« (Alliierte Verteidigungskräfte in Schleswig Holstein) zusammenzufassen. Im Frühjahr 1951 wurde der Verband dann der NATO unterstellt. Aus einer Ausbildungs- und Besatzungsexpedition entwickelte sich ein konkreter Verteidigungsauftrag. Diese Kooperation funktionierte nach einigen Anlaufschwierigkeiten so gut, dass im Jahr 1997 der damalige norwegische Verteidigungsminister Dag Jostein Fjaervoll rückblickend feststellte, dass in dieser besonderen Situation über die generellen Aufgaben hinaus ein »gemeinsames Vorgehen in der Praxis erprobt [werden konnte], was für den späteren engen Kontakt [...] in der NATO sehr nützlich war«.

Das kleine, damals rund dreieinhalb Millionen Einwohner umfassende Königreich an der nördlichen Peripherie Europas wurde auf diese Weise frühzeitig mit den komplexen sicherheitspolitischen Problemen des Kalten Krieges konfrontiert. Dementsprechend kann man durchaus der These eines weiteren norwegischen Politikers folgen, »dass die Bedeutung der Deutschlandbrigade weit über die ursprüngliche Rolle hinausging. Die Deutschlandbrigade schlug für Norwegen eine wichtige Brücke hinüber in eine neue Epoche.«

Struktur und Aufgaben

Der in Norddeutschland stationierte, von den Briten als »Independent Brigade Group« bezeichnete Verband, sollte nach dem Muster einer klassischen norwegischen Brigade aufgebaut sein, bestehend aus drei Infanteriebataillonen, einem Artillerieregiment, einer verstärkten Logistikkompanie und jeweils einer Militärpolizei-, Fernmelde- und Pionierkompanie sowie den üblichen Brigadetruppen. Aufgrund massiver Rekrutierungsprobleme bei Offizieren und Unteroffizieren mussten einige für den Auftrag weniger bedeutende Einheiten weggelassen werden, wie z.B. die Luftabwehrbatterie und das leichte Feldlazarett. Vor dem Hintergrund der neuen Aufgabe ab dem Herbst 1950 mussten

► Brigade 522: Eine Militärpolizeipatrouille bereit zum Ausrücken im Herbst 1952 in Schleswig-Holstein.

zudem einige strukturelle Anpassungen vorgenommen werden: Kampfeinheiten ersetzten jene, die der Ausbildung gedient hatten, und das Artillerieregiment wurde verstärkt.

Die jeweiligen Kontingente wurden ein halbes Jahr in Norddeutschland stationiert. Im Gegensatz dazu bestand das »Tysklandskommando« aus 200 Angehörigen, die über einen längeren Zeitraum in Norddeutschland eingesetzt wurden. Trotz des irreführenden Namens war es nicht ein übergeordneter Stab, sondern eine administrative Einrichtung, deren Personal sich mehrheitlich auf die Brigaden verteilte. Gleichwohl unterstanden die Soldaten direkt dem Kommandeur dieses Kommandos, der wiederum nicht nur der dienstälteste norwegische Offizier in Deutschland war, sondern ab Herbst 1950 zusätzlich den Auftrag hatte, die South Jutland Land Covering Forces aus der Eider-Kaserne in Rendsburg zu führen.

Das Verhältnis zwischen Norwegern und Deutschen

Über die Jahre kamen rund 50 000 meist junge Norweger im Rahmen ihres Wehrdienstes nach Westdeutschland, mithin ungefähr drei Prozent der männlichen Bevölkerung des Landes. Die Mehrzahl von ihnen waren Wehrpflichtige, die nach einer Grundausbildung in den jeweiligen Heimatstandorten den zweiten Teil ihres einjährigen Grundwehrdienstes in Deutschland

absolvierten. Einen tiefen Eindruck bei den norwegischen Soldaten hinterließ insbesondere die Zerstörung der norddeutschen Städte sowie Not und Elend unter den besiegten Deutschen. In Schleswig-Holstein kam dann noch das Leid der mehr als eine Million Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten hinzu. Diese Situation hatte zur Folge, dass die jungen Männer sehr schnell mögliche Gedanken von Rache und Vergeltung gegenüber den ehemaligen Besatzern ihres eigenen Landes verdrängten. Vielmehr suchten sie Kontakt zur einheimischen Bevölkerung. Trotz eines offiziellen Fraternisierungsverbotes der norwegischen Regierung, kam es immer wieder zu Freundschaften und Beziehungen mit Deutschen beiderlei Geschlechts – aus denen bereits bis 1951 mindestens 42 nachgewiesene Vaterschaften norwegischer Soldaten resultierten.

Umgekehrt standen die Deutschen in diesen Jahren unter so vielfältigen nachkriegsbedingten Eindrücken und Belastungen, dass sie zumeist nur die andersartige Sprache und die ungewohnten Verhaltensweisen der skandinavischen Soldaten wahrnahmen. Gegen Begegnungen mit den jungen Norwegern hatten die offiziellen bundesdeutschen Stellen nichts einzuwenden, da bei diesen ein traditionell sehr positives Norwegenbild vorherrschte. Dementsprechend dankbar waren sie auch über den Schutz, den die norwegischen Soldaten dem noch unbewaffneten jungen westdeutschen Staat mehr



Forsvarsmuseet, Norge



◀ Soldaten der »Tysklandsbrigaden« auf dem Weg in den wohlverdienten Urlaub.

als sechs Jahre lang gewährten. Insbesondere nach Beginn des Koreakrieges stieß die Präsenz der Verbände auch in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung auf große Akzeptanz.

Von nicht zu unterschätzender wirtschaftlicher Bedeutung war für viele Einheimische, dass die »Tysklandsbrigaden« an ihren Garnisonsstandorten gut bezahlte Arbeit für Küchen-, Garten- oder Hilfskräfte anboten. Dies verschaffte einem Teil der Bevölkerung die Möglichkeit, sich und ihre Familie zu ernähren. Aber auch in anderen alltäglichen Situationen waren die Deutschen den Norwegern sehr dankbar. So eilten die Soldaten der Brigade 502 bei einem Großbrand in Rendsburg sofort zur Hilfe, was einen tiefen Eindruck bei den Bürgern der Stadt hinterließ.

Erwähnenswerte Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Norwegern gab es in diesen Jahren hingegen nicht. Einzelne Streitigkeiten um die Gunst junger Frauen und das zu meist unter Alkoholeinfluss waren auch damals nur »Ordnungswidrigkeiten«. Vielmehr maß man die Kräfte in sportlichen Wettkämpfen, die durch den »Tysklandskommando« gefördert wurden, da sie viel zum näheren, unkomplizierten Kennenlernen beitrugen.

Den Westdeutschen diente die Präsenz der norwegischen Soldaten bis zum Frühjahr 1953 nicht nur dem Schutz gegen mögliche Angriffe durch

den Warschauer Pakt. Vielmehr bot sie auch Raum für eine unbürokratische Kontaktaufnahme, Auseinandersetzung und Verständigung mit den skandinavischen Nachbarn. Dies war insbesondere auch deshalb von Bedeutung, da vielen Deutschen damals noch nicht bewusst war, welche Verbrechen und Zerstörungen die deutschen Besatzer zwischen 1940 und 1945 in Norwegen begangen und hinterlassen hatten.

Nachdem im Mai 1952 der Deutschlandvertrag unterzeichnet worden war, beendeten die norwegischen Soldaten ihren Einsatz und zogen unter großer Anteilnahme der schleswig-holsteinischen Bevölkerung ab. Eine große Militärparade im April 1953 auf dem Flugplatz Schleswig-Jagel in Anwesenheit des norwegischen Kronprinzen Olav, hoher NATO-Militärs und ziviler bundesdeutscher Vertreter bildete den würdigen Schlussakkord. Aus Besatzern waren in wenigen Jahren Beschützer geworden, die man nur ungerne gehen ließ.

Nachwirkungen bis heute

Für das Königreich Norwegen war die Stationierung der Besatzungstruppen in Norddeutschland zunächst einmal der endgültige Abschluss einer historischen Periode, die am 9. April 1940 mit der Invasion durch die deutsche Wehrmacht begonnen hatte. Gleichzeitig war sie aber auch der Beginn der Hin-

wendung zu Europa und dem westlichen Verteidigungsbündnis. Die norwegische Regierung musste vor dem Hintergrund des integrierten, militärischen Engagements in einer sich ständig, zum Teil radikal verändernden Sicherheitslage erkennen, dass der Schutz des eigenen Landes nicht nur an den norwegischen Grenzen sichergestellt werden konnte. Die Erfahrung der Kooperation mit den Besatzungstruppen anderer Länder führte unter anderem dazu, dass sich Norwegen in den nachfolgenden Jahren nicht nur als Partner in den Strukturen der NATO einbrachte, sondern sich auch nachhaltig an friedensbewahrenden Operationen der Vereinten Nationen beteiligte.

Der massive Einsatz Wehrpflichtiger in Deutschland bewirkte, dass fast eine ganze Generation junger Norweger frühzeitig mit zumindest einem anderen Kulturkreis in Berührung kam. Dies beeinflusste sie kulturell, sozial und politisch in einem für das Land bisher nie dagewesenen Maße. Nach ihrer Rückkehr in ihre Heimat waren sie unter anderem mitverantwortlich dafür, dass das norwegisch-deutsche Verhältnis zukunfts- und realitätsorientiert erneuert werden konnte. Einen großen Einfluss auf diese Entwicklung konnten insbesondere zwei ehemalige Soldaten der »Tysklandsbrigaden« nehmen: Odvar Nordli (1976–1981) und Kare Willoch (1981–1986) wurden norwegische Ministerpräsidenten, denen ein gutes persönliches Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nachgesagt wurde.

Folglich haben die »Tysklandsbrigaden« nicht nur ihre zusätzlichen, nicht militärischen Aufträge erfüllt, in den zugewiesenen Gebieten für Ruhe und Ordnung zu sorgen, sowie der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland mit zum Durchbruch zu verhelfen. Sie haben auch einen bedeutenden Beitrag zur Wiederannäherung und zum gegenseitigen Verständnis von Norwegern und Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg geleistet.

■ Dieter H. Kollmer

Literaturtipps

Kristiansen, Tom (Hrsg.), Die norwegische Deutschlandbrigade. Von der Okkupation zur Kooperation, Oslo 1998. www.tysklandsbrigaden.no

»Kammhuber-Linie«

Der Weg zur Nachtjagd

Herbst 1939: Die ersten Flugabwehreinheiten mit Geschützen, Scheinwerfern und Horchgeräten in der ostfriesischen Marschlandschaft bezogen ihre feldmäßig errichteten Stellungen. Ab Jahresende 1939 folgten weitere unstrukturierte Verlegungen von Material und Personal entlang der deutschen Nordseeküste. Es waren die ersten Versuche, eine kontinuierliche Luftverteidigung des Heimatgebietes aufzubauen. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Nachtjagd noch nicht nennenswert thematisiert. Erste Erprobungen vor Kriegsbeginn mit ungeeigneten und als Tagjäger konzipierten Flugzeugen vom Typ Messerschmitt Bf 109 endeten wenig erfolgversprechend.

Nachtjagd – »Das ungeliebte Kind«

Die Konfrontation mit britischen Bomberangriffen bei Nacht nach Beginn der deutschen Westoffensive im Mai 1940 bewegte die Luftwaffenführung zwangsläufig dazu, die vernachlässigte Luftabwehr gezielter auszubauen. Bereits am 26. Juni 1940 ordnete der Oberbefehlshaber der Luftwaffe

Hermann Göring die Aufstellung des ersten reinen Nachtjagdgeschwaders an. Dem Nachtjagdgeschwader 1 unter Oberst Wolfgang Falck standen nun schwierige und umfangreiche Erprobungen verschiedener Nachtjagdverfahren ohne entsprechendes Material oder geschultes Personal bevor. Am 19. Juli 1940 wurde die erste Nachtjagddivision unter Oberst Josef Kammhuber aufgestellt.

Mit dem Flugzeugtyp Messerschmitt Bf 110, der sich aufgrund der »Blindflugfähigkeit« gut für den Einsatz bei Nacht eignete, wurden die ersten Nachtjagdeinsätze erprobt. Ein nun mit an Bord befindlicher Funker übernahm die Navigation, wodurch der Luftfahrzeugführer das Flugzeug auch ohne klare Sicht durch die dunkle Nacht steuern konnte.

Die Versetzung der Piloten in das neu aufgestellte, rein defensiv orientierte Nachtjagdgeschwader stieß oft bei den Betroffenen auf wenig Begeisterung. In dieser Phase des Krieges wog die Faszination des Angriffskrieges und des damit verbundenen Sieges höher als die reine Verteidigung der vermeintlich sicheren Heimat. Erst die immer häufiger werdenden alliierten

Bombenangriffe ab 1942/43 ließen die Bedeutung dieser Heimatverteidigung offensichtlich werden.

Die ersten Erfolge

In den frühen Morgenstunden des 20. Juli 1940 gelang einem deutschen Nachtjäger der erste Abschuss eines britischen Bombers. Nach vielen vergeblichen Versuchen schoss Oberleutnant Werner Streib, mit seiner Messerschmitt Bf 110 einen Whitley-Bomber ab.

Die Nachtjagd fand allerdings immer noch ohne strukturierte Führung und Aufklärung mittels Bodenstationen statt. Nach der Alarmierung suchten die Piloten mit ihren unzureichend ausgerüsteten und oftmals nur mit schwarzer Farbe getarnten Maschinen die festgelegten Warteräume in der Luft auf. Nachdem nun ein gegnerisches Flugzeug in einem vom Boden bestrahlten Scheinwerferkegel aufgetaucht war, begann der Angriff. Dieses Verfahren erwies sich jedoch trotz einiger kleiner Erfolge bald als weitgehend wirkungslos, denn die britischen Bomberverbände umflogen einfach die starren Scheinwerfergürtel und blieben so im Schutze der Dunkelheit. Trotzdem führten die vereinzeltten Erfolge zu einem weiteren Ausbau dieses deutschen Luftkampfverfahrens bei Nacht. Dies lässt erahnen, dass dieser Luftkampfart noch eine größere Bedeutung zugesprochen wurde, in der Hoffnung, ein geeignetes Gegenmittel für die zunehmenden nächtlichen Bombenangriffe finden zu können.

Josef Kammhuber soll's richten

Kaum jemand hat die deutsche Nachtjagd so geprägt wie der im Oktober 1940 zum Generalmajor und zum »General der Nachtjagd« beförderte Josef Kammhuber.

◀ Im Juli 1941: Gruppenbild (alle mit Ritterkreuz; nach der Ordensverleihung). V.l.n.r.: Leutnant Hans Hahn (1919–1941), General Josef Kammhuber (1896–1986), Oberfeldwebel Paul Gildner (1914–1943).



bok|Bayerische Staatsbibliothek|Archiv Heinrich Hoffmann

Die defensive Nachtjagd zum Schutz der Heimat stellte Kammhuber vor größere Probleme als die offensive Fern-Nachtjagd gegen Ziele in Großbritannien. Er forcierte den weiteren Ausbau der »hellen Nachtjagd« mit einer Kombination aus bodengestützter Flugabwehr in Form von Flugabwehrkanonen und dem Einsatz von, durch Scheinwerfer unterstützten, Nachtjägern. Die Flakzonen sollten bei diesem Verfahren den Nachtjagdräumen vorgelagert werden, um eine klare Einsatztrennung zu gewährleisten und somit das Risiko von Eigenbeschuss zu minimieren. Den Briten gelang es anfangs zwar, diese hellen Zonen des Scheinwerfergürtels zu umfliegen. Dieser wurde allerdings stetig erweitert und verdichtet. War zu Anfang nur das Ruhrgebiet durch einen geschlossenen Scheinwerfergürtel geschützt, so dehnte Kammhuber ihn immer weiter aus: 1941 reichte er von Lothringen bis an die Nordseeküste. Das Verfahren der »hellen« oder »kombinierten« Nachtjagd war jedoch störanfällig.

Die Zukunft lag in neuen Entwicklungen zur funktechnischen Aufklärung von Feindflugzeugen und einer kontrollierten Jägerleitung an zentraler Stelle. Bereits im Jahr 1940 waren erste Versuche unternommen worden, die Funkmessgeräte vom Typ »Würzburg« in einer Jägerleitstellung für die Nachtjagd zu erproben. Das Funkmessgerät »Würzburg« war in der Lage, die Richtung, Entfernung und Höhe eines Luftfahrzeuges bis zu einer Entfernung von 35 Kilometern zu erfassen. Um dieses Gerät in der Nachtjagd gezielt einzusetzen, wurden von zentraler Stelle das aufgeklärte Feindflugzeug und der zugeteilte Nachtjäger von jeweils einem Funkmessgerät erfasst. Diese beiden Lagepositionen wurden nun in eine Karte eingetragen. Somit konnte der eigene Nachtjäger durch einen Jägerleitoffizier vom Boden aus zu seinem Angriffsziel gelotet werden, ohne tatsächlichen Sichtkontakt zu den Bombern aufbauen zu müssen. Dieses Verfahren sollte die Nachtjagd revolutionieren. Allerdings dauerte es noch rund ein Jahr, bis Josef Kammhuber das Verfahren in seine Luftverteidigung integrieren konnte. Zuvor noch als »dunkle« Nachtjagd betitelt, erhielt die Neuentwicklung schnell seine endgültige Bezeichnung als »Himmelbett-Verfahren« und wurde somit in die Entwicklung der Nachtjagd integriert.



akg-images

▲ Deutsche Radaranlage »Würzburg-Riese« (Gerät zur Ortung feindlicher Flugzeuge, hergestellt von Telefunken).

Kammhuber erweiterte seinen langgestreckten Scheinwerfergürtel durch kreisförmige Jagdräume. Diese Kombination aus Scheinwerferriegel und »Himmelbett«-Kreisen prägten die Alliierten durch die von ihnen verwendete Bezeichnung »Kammhuber-Linie«. Die Jagdräume generierten sich nach der Reichweite der eingesetzten Funkmessgeräte, die sich bei fortschreitender technischer Entwicklung vergrößerte. Eine »Himmelbett«-Stellung verfügte über ein Funkmessgerät vom Typ »Freya« mit einer Reichweite von rund 150 Kilometern zur groben Übersicht sowie zwei Geräten vom Typ »Würzburg«, eins für die Feindortung und eins für die Jägerleitung, und schließlich über einen Auswertetisch aus Glas für den Jäger-Leitoffizier, auf dem in Form von Lichtpunkten die Flugbewegungen projiziert werden konnten.

Verzweifelt bis zum Ende

Nach einiger Zeit traten allerdings auch bei diesem Verfahren der Nachtjagd zunehmend Probleme auf. Es war nur möglich, eine sehr eingeschränkte Anzahl deutscher Nachtjäger vom Boden aus zu leiten, und das bei immer größer werdenden alliierten Bomberströmen. Spätestens der Einsatz von Radartauschkörpern durch die Alliierten ab 1943 machte den Einsatz von Funkmessgeräten zur Flugzeugortung völlig nutzlos. Josef Kammhuber wurde von seinem Posten als »General der Nachtjagd« abgelöst und nach Norwegen versetzt. Es wurden jetzt

andere aggressivere Nachtjagdverfahren eingesetzt. Das ab 1943 verwendete Verfahren »Wilde Sau« beschränkte sich auf den Einsatz von diversen Leuchtmitteln am Boden und in der Luft. Durch dieses Lichtspektakel sollten die Silhouetten der angreifenden Flugzeuge sichtbar und u.a. mit einsitzigen Tagjägern bekämpft werden. 1944 wurde die »Wilde Sau« durch die »Zahme Sau« ersetzt. Bei diesem neuen Verfahren operierten die eingesetzten Nachtjäger wieder unabhängig von etwaigen Bodenstationen. Sie nutzten die in die Flugzeuge eingerüsteten Bordradare, um die gegnerischen Flugzeuge bei Nacht aufklären zu können.

Da die Doktrin der Luftwaffe bei Kriegsbeginn und auch in den folgenden Jahren eher auf Angriff ausgelegt gewesen war, hatte sie die Luftverteidigung vernachlässigt. Angesichts der zunehmenden Luftüberlegenheit der Alliierten im Verlauf des Krieges wurde die Luftwaffe daher gezwungen, hier zu improvisieren und nachzurüsten. Mittel dabei waren die Nachtjagd, die Kammhuber-Linie und die Flak – letztlich blieben sie alle erfolglos.

Lars Zimmermann

Literaturtipps

Lars Zimmermann, *Osteel – Ein ostfriesisches Dorf im Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 2016.

Gebhard Aders, *Geschichte der deutschen Nachtjagd 1917–1945*, Stuttgart 1977.

Werner Held und Holger Nauroth, *Die deutsche Nachtjagd – Bildchronik der deutschen Nachtjäger bis 1945*, Stuttgart 1992.



world wide web

<https://www.lbi.org/1938projekt/de>

1938 – Chronik eines Jahres

Miklós Ehrenfeld schreibt am 23. Januar 1938 aus New York an seinen Freund Kunibert in Berlin: »Mein schönster Traum ist, dass alle Menschen, die ich gerne habe, in meiner Nähe leben sollen«. Miklós ist vor Kurzem aus dem Deutschen Reich ausgewandert, auch seinem Freund rät er zu diesem Schritt. Berlin sei kein Ort mehr, an dem man sich als Jude verwirklichen und ein selbstbestimmtes Leben führen könne. Im Vorjahr hatten insgesamt etwa 135 000 Jüdinnen und Juden Deutschland verlassen, weiß die Nachrichtengagentur Jewish Telegraph Agency zwei Tage zuvor zu berichten.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden im gesamten Reichsgebiet systematisch jüdische Synagogen und Geschäfte und Friedhöfe zerstört. Etwa 400 Jüdinnen und Juden wurden umgebracht oder nahmen sich selbst das Leben, ab dem 10. November wurden zehntausende in Konzentrationslager verbracht. Die Zeit der Diskriminierung war vorüber: Nun zeigte sich endgültig die skrupellose Entschlossenheit des NS-Regimes, den Juden in Deutschland jegliche Lebensgrundlagen mit Gewalt zu entziehen. Die systematische Verfolgung der Jüdinnen und Juden im Reich und dann nach Kriegsbeginn in Europa begann in dieser Nacht.

Wie lassen sich die Schicksale, die Lebenswelten und Gefühle derer begreifen, die der Diskriminierung und dann Verfolgung des NS-Regimes ausgesetzt waren? Zum 80. Jahrestag des Novemberpogroms zeichnet das Leo Baeck Institute gemeinsam mit zahlreichen Partnern anhand von zeitgenössischen Dokumenten den Verlauf des Jahres 1938 nach, Tag für Tag: aus Sicht von Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich und dem in jenem Jahr angegliederten Österreich. Aus Sicht derer, die sich auf eine Auswanderung vorbereiten oder diese bereits vollzogen haben. Aus Sicht der jüdischen Presse, Vereine und Organisationen. Auszüge aus Briefen und Zeitungsartikeln, Fotos von Veranstaltungen werden präsentiert, aber auch Verordnungen und Gesetze, die das Leben der Jüdinnen und Juden

fortwährend einschränkten und reglementierten, zitiert und in ihren zeithistorischen Kontext gesetzt. Hier werden die Ängste und Nöte, aber auch die Hoffnungen lebendig.

Eine Auswahl der Dokumente wird auch online gezeigt: in einer Ausstellung im New Yorker Center for Jewish History und in einer Wanderausstellung.

fh



Hörbuch

Dichter an die Macht



Volker Weidemann, *Träumer*. Als die Dichter die Macht übernehmen. Lesung mit Axel Milberg u. a. Berlin 2017. ISBN 978-3-7424-0241-7; 4 CDs, 4 Stunden 21 Minuten, 19,99 Euro

Kurt Eisner, Ernst Toller, Erich Mühsam, Gustav Landauer, Franz Lipp: Literaten, Journalisten, Dichter, das waren sie. Und dann, plötzlich, im revolutionären Umbruch 1918/19 wurden sie Politiker. Nicht irgendwelche Parteigänger, nein: Sie regierten, in München, im ersten Freistaat, der ersten Republik, auf deutschem Boden. Sie versuchten, die Utopien der Literatur und der geistigen Welt auf die Realität zu übertragen – und scheiterten. Literatur in Wirklichkeit verwandeln, das war ihr Plan, so Volker Weidemann. Der »Spiegel«-Autor und Leiter des »Literarischen Quartetts« hat im vergangenen Jahr ein großartiges Buch über eine der eher unbekannteren Episoden der deutschen Revolutionszeit geschrieben, das auch als Hörbuch erschienen ist. Die Stimme des Schauspielers Axel Milberg begleitet Hörerin und Hörer auf der Reise in die Münchner Räterepublik.

Quellengesättigt taucht Weidemann sowohl in die Zeit während als auch nach der Kriegsniederlage ein. Er lässt

die Schriftsteller sprechen; ein Kaleidoskop des Umbruchs entspannt sich vor dem geistigen Auge. Man sieht Oskar Maria Graf durch Münchens Straßen wandeln und über das Geschehen sinnieren, man sitzt mit Thomas Mann in seiner schicken Vorortvilla und überlegt gemeinsam mit ihm, was man von der ganzen Sache, die sich da abspielt, halten soll. Man lauscht den Sitzungen der USPD und der Räte, fiebert mit – und weiß doch, dass alles zum Scheitern verurteilt ist. »Natürlich war es ein Märchen gewesen, nichts als ein Märchen, das für ein paar Wochen Wirklichkeit geworden war. Und jetzt war es eben vorbei«, lässt der Autor den ersten Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern, Kurt Eisner, sagen.

Vorbei: Im Mai 1919 eroberten Freikorps- und Reichswehrtruppen die Stadt. Eisner: bereits im Februar einem Attentat zum Opfer gefallen; Toller und Mühsam: Festungshaft; Landauer: zu Tode misshandelt; Lipp: in die Psychiatrie eingewiesen. Der Traum war aus.

fh

Comics & Graphic Novels

Die Anfänge der Israeli Air Force

Als »Maulesel« (tschechisch: »Mezek«) bezeichneten die tschechoslowakischen Piloten die Avia S-199. Zusammengebaut wurden die Jagdflugzeuge in den Jahren nach 1945 in den Avia-Flugzeugwerken in Prag, aus



Yann Lenntier (Text) und André Juillard (Zeichnung), *Mezek*, Überlebt. ISBN 978-3-89908-417-7; 64 Seiten, 15,00 Euro



dort noch lagernden Rümpfen und Tragflächenpaaren für die Messerschmitt Bf 109 G. So waren die ersten Buchstaben des Worts »Mezek« wohl auch eine Anspielung auf das nahezu baugleiche deutsche Vorbild.

Doch was haben die tschechoslowakischen »Messerschmitts« mit den israelischen Luftstreitkräften zu tun? Heute ist wenig bekannt: Eine erste Gruppe künftiger Piloten des jungen jüdischen Staates erhielt ihre Ausbildung von Mai bis Juli 1948 auf dem Flugplatz Planá bei České Budějovice (Budweis). Zu ihnen gehörte unter anderem auch der spätere israelische Präsident Ezer Weizman. Weitere Israelis erhielten ihre Ausbildung an der Pilotenschule in Olomouc (Olmütz). Die tschechoslowakische Regierung stellte auch die Hardware bereit und verkaufte 25 Maschinen der Avia S-199 nach Israel, dem Vernehmen nach zum Stückpreis von 190 000 US-Dollar.

Der erste Einsatz von vier israelischen S-199 fand am 29. Mai 1948 gegen einen ägyptischen Konvoi statt. Dies ist der historische Hintergrund des von André Juillard gezeichneten Comics. Bereits im November 1947 war entschieden worden, reguläre Luftstreitkräfte für den künftigen jüdischen Staat aufzubauen, die »Scherut Awir« (Air Service).

Unter den dringend benötigten neuen Piloten waren erfahrene Welt-

kriegsveteranen aus zahlreichen Streitkräften, darunter nicht nur Juden, sondern auch Freiwillige aus vieler Herren Länder. Deren Motivation war so vielfältig wie deren Herkunft. Unter den ersten Piloten Israels waren auch nicht-jüdische Deutsche. »Björn ist einer dieser Söldner, die ihr Leben für einige tausend Dollar riskieren. Sein Leben und sein Herz schwanken zwischen drei Frauen.«

André Juillard hat in seinen Zeichnungen auch seinem Sinn für erotische Momente freien Lauf gelassen und so eine realistische und kurzweilige Geschichte der Abenteuer eines jungen Mannes im israelischen Verteidigungskrieg 1948 geschaffen.

Biafra-Krieg

Afrika im Frühling 1967: Die Regierung von Nigeria reagiert auf die Abspaltung der Provinz Biafra und setzt ihre Streitkräfte gegen die Abtrünnigen in Bewegung. Der Bürgerkrieg wird drei Jahre dauern und zu einem der weltweit bekanntesten der nicht wenigen Kriege Afrikas werden. Er wird am Ende auf Seiten der Regierungstruppen 200 000 und der Bevölkerung in Biafra mehr als eine Million Opfer zählen.

Trotz erbitterten Widerstands zeigte sich bald die militärische Unterlegenheit der Rebellen. Nigerias Regierung konnte sich auf starke politische und militärische Unterstützung, primär von der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien, aber auch aus den USA, der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei stützen. Die abtrünnige Provinz stand politisch weitgehend allein auf weiter Flur, erhielt aber Waffen aus Frankreich, Portugal, der Volksrepublik China, Südafrika und Israel. Auf Seiten Biafras heuerten etliche ausländische Freiwillige an; die bekanntesten unter ihnen waren der Deutsche Rolf Steiner und der schwedische Pilot Carl Gustaf von Rosen. Dies ist der reale Hintergrund für die von Callixte gezeichnete Geschichte.

Der Franzose Gilles Durance, ehemaliger Pilot des 7. Jagdgeschwaders in Algerien und später Direktor einer kleinen zivilen Fluggesellschaft, engagiert sich im Auftrag des französischen Geheimdienstes in Biafra und fliegt mit seinem »weißen Bomber« Einsätze

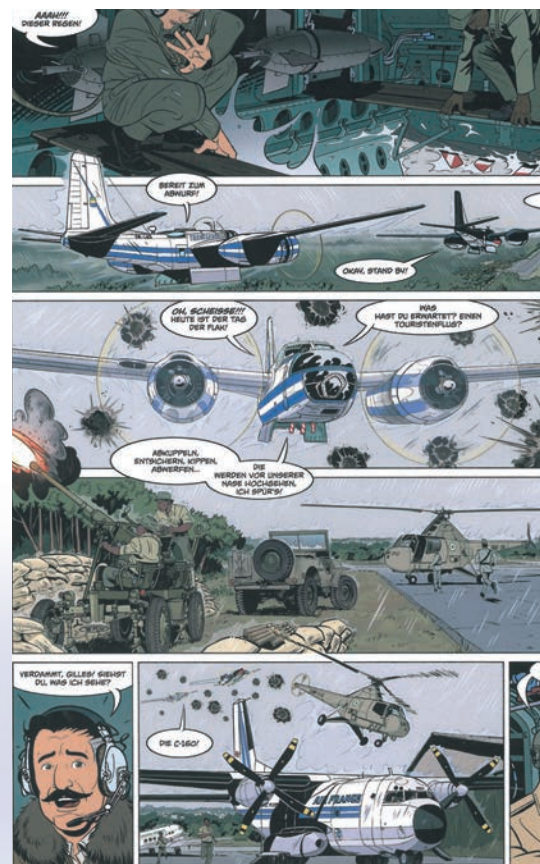


ks Callixte (Autor, Illustrator), **Der weisse Bomber**. ISBN 978-3-89908-655-3; 48 Seiten, 12,90 Euro

gegen die nigerianischen Regierungstruppen.

Das Eingreifen der Franzosen und der anderen Freiwilligen konnte den Lauf der Dinge jedoch nicht aufhalten. Im Januar 1970 kapitulierten die biafranischen Rebellen.

ks



Mohammed

Gotthold Ephraim Lessings stellte 1779 die Frage nach der wahren Religion. In der Ringparabel seines Stückes »Nathan der Weise« macht er eindrucksvoll klar, dass »Jud, Christ und Muselman« gemeinsame Wurzeln haben.

Wie eng die Verbindungen tatsächlich waren, dies arbeitet Marcel Hulspas in seinem Buch über Mohammed heraus. Er belegt dies mit den entsprechenden Passagen aus dem Koran, aus der Bibel und aus zeitgenössischen byzantinischen sowie arabischen Quellen. Die im 7. Jahrhundert neue Buchreligion des Islam musste sich mit dem älteren Christentum und dessen Bibel sowie dem noch älteren Judentum auseinandersetzen.

Der Autor gliedert sein Buch in 22 Kapitel. Zunächst analysiert er die Situation auf der Arabischen Halbinsel, die im Interessengebiet der beiden verfeindeten Großmächte Byzanz und Persien lag. Dann geht er anhand der vorhandenen, manchmal sehr dünnen, Quellen auf die Berufung Mohammeds als Prophet ein und analysiert die Entstehungs- sowie Überlieferungsgeschichte des Koran. Das Leben des Propheten selbst und seiner Anhänger, sein Wirken sowie seine Gegenspieler in Mekka und Medina werden im dritten Teil thematisiert. Schließlich arbeitet Hulspas die letzten Jahre Mohammeds sowie den Siegeszug des Islam heraus.

Lessing ließ vor knapp 240 Jahren die Frage nach der wahren Religion offen. Sie könne erst in »tausend tausend Jahren« entschieden werden. Bis dahin sind es wohl Bücher wie das von Marcel Hulspas, die für Erkenntnis sorgen, auf dass wir weise werden mögen.

hp



Marcel Hulspas, **Mohammed**. Revolution aus der Wüste, Darmstadt 2017. ISBN 978-3-8062-3489-3; 623 S., 29,95 Euro

30-Jähriger-Krieg

Vor 400 Jahren begann der Dreißigjährige Krieg. Ohne Zweifel werden dazu zahlreiche anlassbezogene Publikationen erscheinen, und immer besteht dabei die Gefahr, einen vermeintlich zwangsläufigen Ausbruch dieses »Teutschen Krieges« gleichsam herbeizuschreiben.

Heinz Duchhardt wählt einen anderen Weg: Er betrachtet die zwei Jahrzehnte vor diesem Großkonflikt. So schildert er nicht nur dessen komplexes Ursachengeflecht, sondern verdeutlicht auch, dass der Krieg nicht so kommen musste wie er kam: Es hätte auch anders sein können.

Selbst wenn sich der politische, soziale und religiös aufgeladene Sprengstoff seit der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert ansammelte, war der Dreißigjährige Krieg kein reiner Religionskrieg. Vielmehr wurden die konfessionellen Konflikte überlagert durch die Ausbildung von Territorialstaaten im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation. So wie Fürsten ihren Spielraum gegenüber dem Kaiser auszuweiten suchten, hatten sie ihrerseits aber mit dem Selbstbewusstsein mächtiger Adliger zu kämpfen.

Duchhardt beleuchtet zunächst die zeitgenössischen Strukturen und Mentalitäten, danach die Hauptakteure und Nebendarsteller des Dramas, und schildert sodann dessen künftige Schauplätze in Deutschland und in Europa.

Das Buch zeigt die Allgegenwart von Krisen, deren tiefere Ursachen sich mit klimatischen, wirtschaftlichen und tiefgreifenden mentalen Umbrüchen verbanden – luzide, konzise und auch für ein breites Publikum gut lesbar.

Martin Rink



Heinz Duchhardt, **Der Weg in die Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges**. Die Krisendekade 1608–1618, München u.a. 2017. ISBN 978-3-492-05749-3; 256 S., 24,00 Euro

Krieg im Mittelalter

Kaum eine andere Epoche ist so mit (Vor-)Urteilen behaftet wie das Mittelalter. Die Stereotypen reichen dabei von finsternen Darstellungen voll von Gewalt, Gestank und drakonischen Foltermethoden bis zu romantisierten Vorstellungen vom Burgfräulein und edlem Ritter. So bezeichnen wir noch heute mutiges Verhalten als »ritterlich« und knüpfen dabei an ein Narrativ, das es näher zu betrachten gilt.

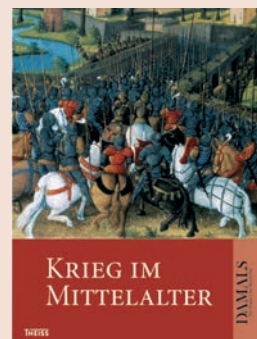
Die Autoren schauen sich die Kriegführung im Mittelalter genauer an. Dabei gelingt es ihnen sowohl düsteren Bildern des Mittelalters als auch romantischen Vorstellungen entgegenzuwirken.

In einem Zeitalter, in dem die Abwesenheit eines staatlichen Gewaltmonopols vorherrschte, stellte das Handwerkszeug eines Ritters – der Kampf und die Gewaltausübung – ein Instrument der Herrscher zur Sicherung der eigenen Macht dar. Die Autoren erörtern anhand von ausgewählten Schlachten die unterschiedlichen Formen der bewaffneten Konflikte im Mittelalter und schlagen einen Bogen von der »ritterlichen« Erziehung bis hin zu den unterschiedlichsten Diensten der Ritter.

Die Entwicklung von Waffen und Waffentechnik sehen die Autoren als einen wesentlichen Faktor für die Veränderung der Kriegführung seit dem 14. Jahrhundert. Der Ritter büßte seine militärische Bedeutung ein, da er sich zunehmend schwerbewaffneten Formationen von nichtadeligen Fußtruppen gegenüber sah, gegen die er nicht mehr ankam.

Eine gelungene Darstellung des Krieges im Mittelalter, mit dem Ritter im Fokus.

hh



Gerd Althoff, Jürgen Sarnowsky (u.a.), **Krieg im Mittelalter**, Darmstadt 2017. ISBN 978-3-80623-637-8; 128 S., 24,95 Euro

Weltgeschichte mal anders

Aus dem Osten kommt das Licht (ex oriente lux). Seit dem Mittelalter Leitmotiv aller Philosophen, Historiker oder anderer Künstler mit einem Faible für den Orient. Auch Peter Frankopan hat so ein Faible und formte daraus eine Weltgeschichte aus anderer Perspektive. Der Nahe und Mittlere Osten gaben für seine Geschichte der Welt den Takt vor.

Frankopan behandelt die ersten Hochkulturen im Zweistromland und in Persien, das Reich Alexanders und Roms, den Aufstieg des Islam, die Kreuzzüge als Antwort Europas. Hinzukommen die Mongolenstürme, Osmanen, das Britische Empire und dessen Konkurrenz zum Russischen Reich in Persien, der Erste Weltkrieg, die Entdeckung des Öls, der moderne Nahostkonflikt und die Kriege und Krisen der Gegenwart.

Trotz des Anspruchs einer innovativen Geschichte der Welt, werden Indien und vor allem China, aber auch Japan oder Australien bei Frankopan nur am Rande erwähnt. Er bleibt auf den Orient fixiert. Sein Leitfadensind die wirtschaftlichen Verflechtungen, die Handelskarawanen und -schiffe und mit ihnen der Austausch zwischen Kulturen und Religionen: Für Frankopan ist der Orient eine Region der permanenten Globalisierung. Nicht zufällig sei diese Weltregion die Wiege der großen monotheistischen Religionen der Juden, der Christen und der Muslime. Alle drei schöpften aus den gleichen alten mythischen Geschichten.

Kritiker loben das Buch als »großes lehrreiches Vergnügen« (SZ), als »orientalisches Märchen«, als »bahnbrechend« (Die Zeit).

Atomwaffen in Deutschland

Die nukleare Frage hat wieder Einzug gehalten in die sicherheitspolitische Debatte. Werner Sonnes Buch bedient daher einen aktuellen Diskurs: Der langjährige ARD-Korrespondent liefert Fakten und Hintergründe über die Geschichte der Atomwaffen in Deutschland. Dabei geht es sowohl um die Entwicklung des Atomprojekts in der NS-Zeit als auch um die Auswirkungen der atomaren Rüstung auf das geteilte Deutschland während des Kalten Krieges.

Sonne thematisiert die nukleare Teilhabe der Bundeswehr ebenso wie die Stationierung sowjetischer Kernwaffen in der DDR. Der Einsatz von Kernwaffen war für beide Teile Deutschlands eine existenzielle Frage, deren Dimension aus der Sicht des Autors noch zu vertiefen sei. Daher liefert er nicht nur historisches Wissen, sondern stößt eine Diskussion über die künftige Rolle von Nuklearwaffen für Deutschland und die NATO an.

Der Leser erfährt darüber hinaus etwas über die Rolle von Bundeskanzler Konrad Adenauer bei der Stationierung von Kernwaffen in der frühen Bundesrepublik oder die Erlebnisse des Bundeswehrgenerals Klaus Naumann bei Ernstfallübungen im Regierungsbunker Ahrweiler. Mehr als 40 Zeitzeugen und Experten tragen als Gesprächspartner zu einem spannenden Stück deutscher Zeit- und Militärgeschichte bei.

Das Buch ist daher eine äußerst lesenswerte Überblicksdarstellung – und somit ein gelungener Beitrag zu einer leider wieder äußerst aktuell gewordenen Debatte.

»Shame on you«

Hillary Clinton nutzte nach einem Wahlkampfauftritt die anwesenden Reporter dazu, ihren parteiinternen Konkurrenten Barack Obama für dessen Wahlkampfmethoden öffentlich zu beschämen (»Shame on you, Barack Obama!«). Der Versuch scheiterte.

Der Pranger ist nur einer von vielen Beschämungspraktiken, -räumen und -akteuren, denen sich Ute Frevert in ihrem Buch widmet. Sie hat eine Vielzahl an Quellen ausgewertet. Es gelingt ihr dabei, komplexe Zusammenhänge verständlich zu vermitteln sowie die historischen und geografischen Dimensionen zu veranschaulichen.

Ihr Buch ist nicht nur klar gegliedert – vor allem die Unterkapitel der drei Hauptkapitel laden dazu ein, immer mal wieder einzelne Aspekte erneut zu lesen und zu vertiefen. Zudem geraten neben Deutschland und Europa andere Nationen und Kontinente in ihr Blickfeld.

Die Historikerin beendet ihre Ausführungen mit der Erkenntnis, dass die Beschämung des Menschen durch seine Artgenossen weiter geht – ein wahrlich beschämender Befund für die Menschheit.

Mehr als zwanzig Abbildungen sowie ein Orts- und Personenregister runden diesen lesenswerten Band ab. Es bleibt nur zu wünschen, dass Ute Frevert noch weitere Gefühlspolitiken so vorzüglich aufbereitet, wie in diesem Fall, so etwa zu *Dankbarkeit, Eifersucht* oder *Wut*.

Victor Marnetté, M.A.

ks

88



Peter Frankopan, **Licht aus dem Osten.**
Eine neue Geschichte der Welt, Berlin 2017.
ISBN 978-3-87134-833-4; 848 S., 39,95 Euro



Werner Sonne, **Leben mit der Bombe.**
Atomwaffen in Deutschland, Wiesbaden 2018.
ISBN 978-3-658-17616-7; 216 S., 14,99 Euro



Ute Frevert, **Die Politik der Demütigung.**
Schauplätze von Macht und Ohnmacht,
Frankfurt a.M. 2017. 978-3-10-397222-1; 326 S.,
25,00 Euro

Bundesarchiv – Militärarchiv Freiburg

Bilder vom sowjetischen Nuklearwaffenlager in Halle/Saale

Die Sowjetarmee lagerte in mehr als 20 Objekten auf dem Gebiet der DDR Nuklearwaffen. Eines befand sich auf dem Gelände der Heidekaserne im Westen der Stadt Halle/Saale, wie ein Fund im Militärarchiv in Freiburg i.Br. nun belegt. Angehörige des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des US-amerikanischen militärischen Nachrichtendienstes (DIA) inspizierten 1991 einen Bereich am westlichen Rand der Liegenschaft im Herbst 1991 gleich zweimal und identifizierten ihn als ehemaliges sowjetisches Nuklearwaffenlager.

In der heutigen Heidekaserne in Halle war vermutlich bis 1989 eine sogenannte Bewegliche Raketentechnische Basis, Feldpostnummer 38673, stationiert gewesen. Sie hatte den Auftrag, für die taktischen Raketeneinheiten der sowjetischen 8. Gardearmee im Raum Thüringen mit Raketen (Reserve-Trägern) und nuklearen Sprengköpfen bereitzustellen. Im streng bewachten Objekt befanden sich zwei erdüberdeckte Lagerbunker für nukleare Sprengköpfe, die vermutlich in den 1960er Jahren errichtet worden waren. Eine Krananlage und eine Rampe ermöglichten die Verladung der nuklearen Sprengköpfe auf LKW. Die erforderliche technische Infrastruktur zur Wartung der Sprengköpfe und Raketen war ebenso vorhanden wie zahlreiche Spezialfahrzeuge, um solche Tätigkeiten auch unter feldmäßigen



Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv, BW 55/327

▲ Eingang zum Kernwaffenlagerbunker der Heidekaserne Halle 1991.

Bedingungen durchzuführen. In der Liegenschaft Wurzen bei Leipzig befand sich ein vergleichbares Objekt.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR beobachtete in den 1980er Jahren Eisenbahntransporte mit Nuklearwaffen, die auch das Anschlussgleis der Heidekaserne anfahren. Damit war dem MfS bekannt, dass im Ballungsgebiet Halle mit seinen mehr eine viertel Millionen Einwohnern allem Anschein nach Nuklearwaffen lagerten. Inwiefern diese brisante Information vom MfS an die politische Führung der DDR weitergegeben wurde, bleibt bislang offen. Ebenfalls ist unklar, wann die Nuklearwaffen aus Halle abgezogen wurden. Vermutlich ist Halle spätestens seit 1990 wieder kernwaffenfrei.

Die Fotos aus dem Militärarchiv zeigen den Zustand des ehemaligen Nuklearwaffenlagers im Herbst 1991. Wo einst Kernwaffen lagerten, stehen heute Einfamilienhäuser. Nur einer der Lagerbunker ist noch zugänglich und dient einem friedlichen Zweck – als Fledermausquartier.

Die Fotos aus dem Militärarchiv zeigen den Zustand des ehemaligen Nuklearwaffenlagers im Herbst 1991. Wo einst Kernwaffen lagerten, stehen heute Einfamilienhäuser. Nur einer der Lagerbunker ist noch zugänglich und dient einem friedlichen Zweck – als Fledermausquartier.

88

◀ Garage für Raketentransportfahrzeuge.

Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv, BW 55/327



23. Mai 1618

Prager Fenstersturz

War es die Hilfe der in der Not angerufenen Jungfrau Maria, die bremsende Wirkung der Gewänder oder ein profaner Misthaufen? Zwei kaiserliche Statthalter sowie ihr Sekretär wurden von aufgebrachten böhmischen Adligen aus dem Fenster der Prager Burg geworfen. Sie fielen 18 Meter tief – und überlebten auf »wundersame Weise«.

Das Königreich Böhmen war 1618 Teil des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Es umfasste u.a. Mähren, Schlesien sowie die Lausitz und wurde vom Hause Habsburg beherrscht, das seit 1438 die Kaiser stellte. Das Haus Habsburg versuchte gerade in seinen Erblanden die katholische Konfession zu stärken und ging gegen evangelische vor. Dagegen begehrte ein Teil des böhmisch-evangelischen Adels auf und suchte einen neuen König. Die Wahl fiel ausgerechnet auf das Haupt der protestantischen Union, den mit einer englischen Prinzessin verheirateten calvinistischen Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz, einem Wittelsbacher. Friedrich hoffte auf die Unterstützung seines Schwiegervaters, dem König von England, nahm die Wahl an und wurde 1619 König von Böhmen.

Die Gegenreaktion im Auftrag des Kaiserhauses Habsburg erfolgte prompt. Das Oberhaupt der katholischen Liga, Herzog Maximilian I. von Bayern, ebenfalls ein Wittelsbacher, ließ seine Truppen auf Prag vorrücken. In der Schlacht am Weißen Berg 1620 wurde Friedrich besiegt. Er floh, die Pfalz inklusive der Oberpfalz wurden erobert, die Rekatholisierung begann, was wiederum das Eingreifen weitere Mächte bewirkte, teils aus religiösen, teils aus machtpolitischen Gründen. Im Laufe der folgenden Jahre

waren am Krieg beteiligt: Etliche Reichsstände, Dänemark, Schweden, Spanien und Frankreich. Erst 1648 wurde in Münster und Osnabrück Friede geschlossen.

Die drei aus dem Fenster Geworfenen hatten 1618 überlebt, Millionen andere kamen infolgedessen 1648 gewaltsam zu Tode, ca. ein Drittel der Bevölkerung.

hp

◀ Abb. aus: Fenster-execution in Prag. Bildergalerie zu C. v. Rotteck's allgem. Weltgeschichte, Meißben und Pest 1832.



5. Juni 1947

Verkündung des Marshall-Plans

Auch im Jahr 2017 haben viele deutsche Unternehmensgründer die Möglichkeit genutzt, Kredite aus dem ERP-Sondervermögen des »European Recovery Program« (ERP) der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) erhalten zu können. Zumeist fragen die Kreditnehmer nicht danach, woher dieses Geld stammt und woher die KfW ihren Namen hat: vom Marshallplan 1947. Das ERP-Sondervermögen setzt sich aus den Zinsen und Zinsseszinsen, der bis 1966 an die USA zum Großteil zurückgezählten Kredite des ERP zusammen, das von der dafür gegründeten KfW verwaltet wurde und wird.

Nachdem die großen Zeitungen in den USA über die katastrophalen ökonomischen Zustände im darniederliegenden Nachkriegseuropa berichtet hatten, verkündete der damalige US-Außenminister George C. Marshall am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Harvard-University einen Plan zur Sanierung aller europäischen Volkswirtschaften. Neben der humanitären Hilfe, wollte die Administration in Washington stabile politische Verhältnisse in Europa schaffen, eine weitere Ausbreitung des Kommunismus verhindern und zugleich der amerikanischen Wirtschaft ihre wichtigsten Absatzmärkte sichern. Hierzu stellte die US-Regierung Zuschüsse und Darlehen im Wert von gut 13,3 Mrd. US-Dollar zur Verfügung. 17 Länder nahmen diese Wiederaufbauhilfe an. Mit 1,4 Mrd. US-Dollar erhielt Westdeutschland die vierthöchste Summe: eine Finanzspritze, die eine wesentliche Voraussetzung für das nachfolgende »Wirtschaftswunder« war. Gleichzeitig war die Teilnahme am ERP der erste Schritt zur Westintegration der späteren Bundesrepublik. Weitere auf dem ERP basierende Finanzhilfen (u.a. der »Nash-Plan«) ermöglichten in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre den Aufbau der Bundeswehr. George C. Marshall wurde 1953 für seinen Plan mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Dieter H. Kollmer

▶ »ERP – Marshall-Plan«. Ein bundesdeutsches Werbeplakat aus dem Jahre 1950.



▲ US-Außenminister George C. Marshall war während des Zweiten Weltkrieges als 5-Sterne-General höchster US-General und u.a. Vorgesetzter von General Dwight D. Eisenhower.



• Berlin

Europa und das Meer
Deutsches Historisches
Museum

Unter den Linden 2
10117 Berlin
Tel.: 0 30 / 20 30 40
www.dhm.de

ab 13. Juni 2018
täglich

10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 8,00 Euro
ermäßigt: 4,00 Euro

**Der Rote Gott – Stalin
und die Deutschen**

Gedenkstätte Berlin-
Hohenschönhausen
Genslerstraße 66
13055 Berlin

Tel.: 0 30 / 98 60 82 30
www.stiftung-hsh.de

bis 30. Juni 2018
täglich

9.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt frei

Welcome to Jerusalem

Jüdisches Museum
Berlin

Lindenstraße 9–14
10969 Berlin
Tel.: 0 30 / 25 99 33 00
www.jmberlin.de

bis 30. April 2019

Montag
10.00 bis 22.00 Uhr
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 20.00 Uhr
Eintritt: 8,00 Euro
ermäßigt: 3,00 Euro

**Trotz alledem und
alledem ...****Am Grundstein der
Demokratie.****Die Revolution 1848
und der Friedhof der
Märzgefallenen**

Ausstellungs- und
Gedenkort Friedhof
der Märzgefallenen
Ernst Zinna Weg /
Landsberger Allee
10245 Berlin
Tel.: 0 30 / 21 47 27 23

www.friedhof-der-maerzgefallenen.de

Dauerausstellung

Donnerstag bis Dienstag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: frei

• Bonn

**Unsere Geschichte
Deutschland seit 1945**

Haus der Geschichte
Museumsmeile
Willy-Brandt-Allee 14
53113 Bonn

Tel.: 02 28 / 91 65 40 0

www.hdg.de

Dauerausstellung

Dienstag bis Freitag
9.00 bis 19.00 Uhr
Samstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: frei

• Dresden

**Gewalt und
Geschlecht.****Männlicher Krieg –
Weiblicher Frieden?**

Militärhistorisches
Museum der Bundes-
wehr
Olbrichtplatz 2
01099 Dresden

Tel.: 03 51 / 82 32 80 3

www.mhmbw.de

ab 27. April 2018

Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Montag
10.00 bis 21.00 Uhr
Eintritt: 7,00 Euro
(für alle Ausstellungen)
ermäßigt: 4,00 Euro
Freier Eintritt für Bun-
deswehrangehörige

• Hambach

**Hinauf, hinauf zum
Schloss!****Ausstellung zur deut-
schen****Demokratiegeschichte**

Hambacher Schloss
67434 Neustadt an der
Weinstrasse
Tel.: 0 63 21 / 92 62 90

www.hambacher-schloss.de

Dauerausstellung

täglich
April bis Oktober
10.00 bis 18.00 Uhr
März bis November
11.00 bis 17.00 Uhr
Eintritt: 5,50 Euro
ermäßigt: 2,50 Euro

• Hamburg

Das Kapital. Karl Marx

Museum der Arbeit
Wiesendamm 3
22305 Hamburg
Tel.: 0 40 / 42 81 33 0

www.museum-der-arbeit.de

bis 5. Mai 2018

Montag
13.00 bis 21.00 Uhr
Dienstag bis Samstag
10.00 bis 17.00 Uhr
Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 8,50 Euro
ermäßigt: 5,00 Euro

• Ingolstadt

**Verheizt, vergöttert,
verführt.****Die deutsche Gebirgs-
truppe 1915 bis 1939**

Bayerisches Armeemuseum
Reduit Tilly
Paradeplatz 4
85049 Ingolstadt

Tel.: 08 41 / 93 77 0

www.armeemuseum.de

bis 2020

Dienstag bis Freitag
9.00 bis 17.30 Uhr
Samstag und Sonntag
10.00 bis 17.30 Uhr
Eintritt: 3,50 Euro
ermäßigt: 3,00 Euro

• München

**Die Technische
Hochschule****München im
Nationalsozialismus**

NS-Dokumentations-
zentrum
Brienner Straße 34
80333 München

Tel.: 0 89 / 23 36 70 00

www.ns-dokuzentrum-muenchen.de

ab 18. Mai 2018

Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 19.00 Uhr
Eintritt: 5,00 Euro
ermäßigt: 2,50 Euro

• Rastatt

**»Die kahlen, kalten
Berge ...»****Der Erste Weltkrieg
im Alpenraum, die
Deutsche Gebirgs-
truppe und das****Württembergische
Gebirgsbataillon**

Wehrgeschichtliches
Museum Rastatt

Herrenstraße 18 /
Schloss

76437 Rastatt

Tel.: 0 72 22 / 34 24 4

www.wgm-rastatt.de

bis 15. April 2018

Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 16.30 Uhr
Eintritt: 7,50 Euro
ermäßigt: 3,70 Euro

**Freiheitsbewegungen
in der deutschen
Geschichte**

Erinnerungsstätte für
die Freiheitsbewegun-
gen in der deutschen
Geschichte

Bundesarchiv
Außenstelle Rastatt

Herrenstraße 18 /
Schloss

76437 Rastatt

Tel.: 0 72 22 / 77 13 90

www.bundesarchiv.de

Dauerausstellung

Sonntag bis Donnerstag
9.30 bis 17.00 Uhr
Freitag
9.30 bis 14.00 Uhr
Eintritt frei

• Speyer

Robin Hood**Familienausstellung**

Historisches Museum
der Pfalz
Domplatz 4
67346 Speyer

Tel.: 06 23 2 / 62 02 22

museum.speyer.de

bis 3. Juni 2018

Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 14,50 Euro
ermäßigt: 6,50 Euro



Die Toten von 1848

Gestorben für die Revolution

Leonhard Bethge, 22, Schlossergeselle, Carl Ferdinand Bürkner, 37, Tischler, Gustav Adolph Jung, 23, Barbier, Gottfried Kalinsky, 43, Tischler, Friedrich Lehm, 23, Arbeiter, Levin Weiß, 29, Student ... Die Liste ließe sich weit fortführen. Diese und 177 andere in der Barrikadennacht vom 18. auf den 19. März 1848 Getöteten wurden in einem großen Trauerzug am 22. März 1848 vom Berliner Gendarmenmarkt zum eigens angelegten Friedhof der Märzgefallenen getragen.

Die Berliner Barrikadenkämpfe hatten mehrheitlich Angehörige der dar­benden Unterschicht, verarmte Handwerker und Arbeiter bestritten. Tischler waren beim Barrikadenbau besonders gefragt gewesen.

Das letzte Geleit gaben den verstorbenen Arbeitern, Handwerkern, einigen Arbeiterfrauen und Kindern und den wenigen Studenten und jungen Adligen dann schließlich 100 000 Berli-

ner – ein Viertel der damaligen Einwohner. Alle Schichten der Bevölkerung waren vertreten.

Ein schwarz-rot-goldener Zug

Vom Deutschen Dom bis zum Friedrichshain wand sich der kilometerlange Zug durch die Stadt. Das Tragen eines der Särge galt als große Ehre und wurde meist von jungen Studenten übernommen. Sie trugen als Schärpe die Fahne der Revolution und dazu zu­meist sogenannte Kokarden – runde Abzeichen, die als Anstecker getragen wurden. Das alles jeweils in den Revolutionsfarben: Schwarz, Rot und Gold. Diese hatte sich die deutsche National- und Demokratiebewegung, ausgehend vom Lützowschen Frei­korps, einem Freiwilligenverband der Befreiungskriege 1813–1815, als ihre Farben auserkoren. 1848 und 1849 kämpften unter dieser Fahne überall auf dem Gebiet des Deutschen Bundes Menschen gegen die repressiven Monarchen und Herrscher der Zeit: für Wahlrechte, Verfassungen, Par­lamente, Presse- und Meinungs­freiheit.

Die preußische Armee und die Revolution

Die preußische Militär­führung konnte damit wenig anfangen: Zwar hatte der König Friedrich Wilhelm IV. sich – zumindest vorerst – der Revolution angeschlossen, doch die Meinung der Militär­führung, die in der Barrikadennacht etwa 20 Soldaten verloren hatte, deckte sich damit nicht. Anfängliche Versuche, auch die gefallenen Sol-

daten auf dem Friedhof der Märzgefallenen zu bestatten, lehnte sie ab.

Am 24. März erfolgte die Beisetzung der Soldaten auf dem Invalidenfriedhof, begleitet von 10 000 Berlinern.

1854, als die Revolution längst vom König niedergeschlagen worden war, erhielten sie die auf dem Foto abgebildete 38 Meter hohe Säule als »National-Krieger-Denkmal« im Berliner Invalidenpark. Die Säule und der Friedhof wurden jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg entfernt.

Deutschland ungeeint

Am Ende des Jahres 1848 waren 270 zivile Opfer der Barrikadenkämpfe beigesetzt worden, insgesamt starben in Berlin also etwa 300 Menschen für und gegen die kurze Revolution: Schon im November 1848 ließ Friedrich Wilhelm IV Berlin von General Friedrich von Wrangel einnehmen und verhängte das Kriegsrecht über die Stadt.

Damit war die Revolution in Berlin und auch Preußen beendet, doch im Süden wurde weiter gekämpft, bis im Juli 1849 Bundestruppen unter dem Kommando Prinz Wilhelms von Preußen die Festung Rastatt in Baden einnahmen. Ob in Baden, in der Pfalz oder in Berlin: 1848 und im folgenden Jahr gaben viele Menschen ihr Leben für ein geeintes, demokratisches und liberales Deutschland. Aber das Land wurde undemokratisch erst 1871 geeint und Kaiser wurde der Mann, der in der Revolution 1848/49 als brutaler Kartätschenprinz bekannt geworden war: Aus Prinz Wilhelm von Preußen wurde Wilhelm I., Kaiser des Deutschen Reiches.

Schwarz-Rot-Gold gelangten erst nach 1918 zu staatlichen Ehren. Von 1919 bis 1933 waren und seit 1949 sind sie die Farben der Flagge des demokratischen und seit 1990 auch des geeinten Deutschland.

Christine Strotmann

bpk



◀ Invalidensäule.

Gerhard P. Groß

Das Ende des Ersten Weltkriegs und die Dolchstoßlegende

Reclam



Gerhard P. Groß
Das Ende des Ersten Weltkriegs und die Dolchstoßlegende
Stuttgart: Reclam 2018
(= Kriege der Moderne),
160 S., 14,95 Euro,
ISBN 978-3-15-011168-0

Abonnement

Jahresabonnement: 14,00 Euro inkl. MwSt. und Versandkosten (innerhalb Deutschlands, Auslandsabonnementspreise auf Anfrage)
Kündigungsfrist: 6 Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes.

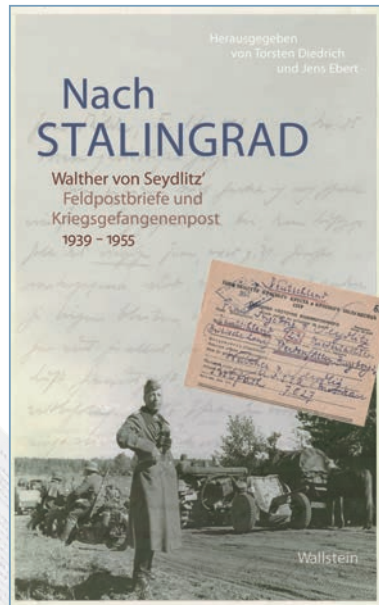
Kontakt zum Bezug der Zeitschrift:

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
z.Hd. Frau Christine Mauersberger
Postfach 60 11 22, 14471 Potsdam
Tel.: 0331/9714 599, Fax: 0331/9714 509
Mail: ChristineMauersberger@bundeswehr.org

Die Betreuung des Abonnements erfolgt über die Firma SKN Druck und Verlag, Stellmacher Straße 14, 26506 Norden, die sich mit den Interessenten in Verbindung setzen wird.

Nach Stalingrad

Walther von Seydlitz' Feldpostbriefe und Kriegsgefangenenpost 1939–1955. Hrsg. von Torsten Diedrich und Jens Ebert im Auftrag des ZMSBw, Göttingen: Wallstein 2018, 427 S., 24,90 EUR, ISBN 978-3-8352-2190-7



Peter Lieb
Krieg in Nordafrika 1940–1943
Stuttgart: Reclam 2018
(= Kriege der Moderne),
160 S., 14,95 Euro,
ISBN 978-3-15-011161-1

Peter Lieb

Krieg in Nordafrika 1940–1943

Reclam

